

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Wille, 1. Platz, Berlin.
Telefon: Amt Dönhof 4190/4190



Adresse für Briefe und Beauftragungen:
Berlin SW 61, Dönhofs-Platz 6
Telefonamt Dönhofs

Die Besetzung erfolgt im Selbstverlag.

Der Inhalt ist nur auf Grund bester Kenntnis gegeben. Haftung überlässt 4 Seiten
des dem Verantwortlichen, wenn nicht anders vermerkt ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 20. Nov. 1931.

Int. Institut
Soz. Geschlechens
Amsterdam

Der Mittelstandskonzern.

Vermengung von Politik und Geschäft.

SPD. In den Irrungen und Wirrungen der Inflation bildete sich eine Mittelstandspartei, die sich den schönen Namen Wirtschaftspartei zulegte. Sie leitete im Grunde genommen die Zersetzung der alten bürgerlichen Parteien ein, politisierte und organisierte den sogenannten Mittelstand, vom kleinen Beamten angefangen, der für teures Geld irgendwo zur Miete wohnt, bis zum Besitzer eines Zinshauses, der den Sinn der Wirtschaft darin sieht, dass ihn sein Haus durch genügend hohe Mieten ernähren muss.

Es waren Elemente, geistig und sozial durchaus verschieden, die in dieser Wirtschaftspartei zusammengefasst wurden, schliesslich nur durch eine geschickte Einstellung der Partei gegen den Konzernindustrialismus, gegen den Grosskapitalismus, der sich stärker in der Nachkriegszeit entwickelte. Schon früh zeigte sich bei den rührenden Persönlichkeiten dieser Wirtschaftspartei die Neigung, Politik mit Geschäft zu vermischen. Viele, die in der Wirtschaftspartei ihre Berufung zu politischen Führern entdeckten, gelüstete es, bestimmte Chancen, die die Partei bot, wirtschaftlich auszunutzen. So kam es im Laufe der Jahre zu einer Zusammenfassung von bestimmten wirtschaftlichen Funktionen unter der Führung von bekannten Wirtschaftsparteilern. Eine Bewegung, die nur da in die Tiefe ging, wo sie den Kampf gegen den Konzernindustrialismus predigte, endete schliesslich damit, dass sie selbst Konzerne schuf. Das ist der Boden, auf dem die jetzt zusammengebrochene Berliner Bank für Handel und Grundbesitz A.G. aufbaute. Die Bank ist das Rückgrat des Ladendorff-Konzerns, immerhin ein Gebilde von nicht unbeträchtlichem Ausmass.

Die Berliner Bank für Handel und Grundbesitz ging aus der Genossenschaftsbank Berliner Grundbesitzer im Jahre 1923 hervor. Von dieser Bank, die eigentlich nur den direkt Interessierten bekannt war, wurde auch Willi Seiffert übernommen, der den Ladendorffkonzern in den Zusammenbruch rührte. Der Aufsichtsrat der Bank bestand aus drei Köpfen, einem Kaufmann Knaake, von dem man nur weiss, dass er von Bankgeschäften nichts verstand und dem Direktor des Berliner Pfandbriefamtes Le Viseur. Dieser Le Viseur hat schon zu Beginn dieses Jahres im Mittelpunkt von Auseinandersetzungen gestanden und zwar hat der Berliner Magistrat damals seinen Rücktritt bei der Bank für Handel und Grundbesitz verlangt. Wenn wir richtig unterrichtet sind, wurden die Absichten des Berliner Magistrats vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg durchkreuzt. Heute erscheint uns der Rücktritt Le Viseurs von der Spitze des Berliner Pfandbriefamtes selbstverständlich. Dritter Aufsichtsratsvorsitzender war der Abgeordnete Ladendorff, Führer der wirtschaftsparteilichen Fraktion im preussischen Landtag, Kämpfe gegen Hauszinssteuer, gegen kalte Sozialisierung, "marxistische Korruption" und für hohe Mieten. Ladendorff gab auch dem ganzen Konzern seinen Namen. Er stammt aus Pommern, hat das ehrensame Gewerbe des Müllers und Bäckers gelernt und durchlief dann die Karriere des alten wilhelminischen Unteroffiziers. Nach dem Kriege erfolgte die Entdeckung seines politischen Talents,

der Anschluss an die Hausbesitzerorganisationen, der immerhin das Sprungbrett für seine Tätigkeit als Bank- und Konzerngründer abgab. In den Handbüchern bezeichnet sich Ladendorff als "Bankrat bei der Reichsbank". In Berliner Bankkreisen geniesst er den Ruf, vom Bankwesen nichts zu verstehen. Diesen Ruf teilt er mit Seiffert, der schneller in der Inflation emporgekommen war. Seiffert war bei der Bank für Handel und Grundbesitz das einzige Vorstandsmitglied. Schon das war bedenklich und gefährlich. Dazu kam ein Aufsichtsrat, der nichts von den Dingen verstand und nicht in der Lage war, eine geordnete Kontrolle durchzuführen. Man hat Veranlassung anzunehmen, dass eine solche Kontrolle nie versucht worden ist.

Seiffert war ein grosser Gründer. Man schüttelte wohl den Kopf an der Berliner Börse, wenn man hörte, dass die Bank für Handel und Grundbesitz abermals eine Filiale aufgemacht hatte. Aber es ging, ging so vorzüglich, dass sich die Kundenzahl von etwa 1000 im Jahre 1924 auf fast 40 000 im Jahre 1931 steigerte. Die eingeleigten Gelder gingen von etwa 4 Millionen Mark auf über 88 Millionen Mark in die Höhe. Das war ein Riesenerfolg. Die Filialen bewährten sich als gute Aufsaugeorgane, das Publikum wurde mit dem alten, aus der Inflation vertrauten Sprüchlein, Boden behält immer Wert, herangelockt. In einer Zeit, Sommer 1931, als es schon sehr faul um die Bank stand, wurde die Reklametrommel besonders laut und gewissenlos gerührt, wurden kritische Stimmen mit der Drohung einer Klage wegen Geschäftsschädigung eingeschüchtert. Man griff auch von Berlin auf das Reich über, erwarb die Gewerbebank A.G. in Trier und die Barmer Kreditbank, die ehemals dem Rheinhandelskonzern, einem ausgesprochenen Inflationkonzern, angehörte. Als sich Einlagen und Auslagen schon in die Dutzende von Millionen steigerten, betrug das Kapital der Bank immer noch 2 Millionen Mark bei zuletzt 70 Millionen Mark Verpflichtungen. Kapitalerhöhungen wurden angekündigt, aber nie durchgeführt.

Das grosse Geschäft, das der Bank wohl auch den Rest gegeben hat, war die Erwerbung der Mitteldeutschen Bodenkreditanstalt in Greiz und der Deutschen Realkreditbank in Dessau. Dazu kam der Kauf der Mehrheit des Hovad-Versicherungskonzerns. Damit war der Konzern "abgerundet". Von dieser Basis aus wollte man in das gewinnbringende Bodenkreditgeschäft gehen. Die Aktion schlug fehl und hat Seiffert veranlasst, schwere Bilanzfälschungen vorzunehmen. Einmal hat die Bank für Handel und Grundbesitz z.B. die Mitteldeutsche Bodenkreditbank nicht selbst gekauft, sondern über eine Strohmannengesellschaft aufkaufen lassen, die von der Bank für Handel und Grundbesitz einen Kredit von 12 Millionen Mark erhielt. Diese 12 Millionen Mark erscheinen in der Bilanz der Bank für Handel und Grundbesitz als Debitoren. Als Debitoren wurden auch Grundstücke gebucht. Es handelt sich hier um Objekte, auf denen die Bank für Handel und Grundbesitz sitzen geblieben war, weil sie bei den grossen Hypothekenbanken mit Eintritt der Krise nicht die erhoffte Hilfe fand. Die Kredite froren fest. Man musste die Grundstücke, die sich schlecht oder garnicht rentieren, übernehmen und buchte sie einfach unter den Gläubigern. Das ist eine Bilanzfälschung, wie man sie sich schlimmer nicht denken kann.

Die Einlagen sollen bei der Bank für Handel und Grundbesitz immer noch über 60 Millionen Mark betragen. Betroffen sind viele kleine Leute, die eben dem Sprüchlein vom "wertbehaltenden" Grund und Boden Glauben schenkten. Aus der Masse dürfte nicht viel herauskommen. Die Debitoren, etwa 55 Millionen Mark, sind eben keine richtigen Debitoren. Es befinden sich darunter u.a. Kredite, die die Bank schliesslich an sich selbst gewährt hatte, um ihre Expansionen durchzuführen. Unverantwortlicherweise wurden für diese Expansionen Einlagen und Spargelder verwandt. Zum anderen Teil sind die Debitoren Grundstücke, die nach Lage der Dinge kaum oder nur mit grossen Verlusten zu verwerten sind. Unter den Debitoren hat man - eine weitere Bilanzfälschung - auch Beteiligungen verbucht und zwar zum Anschaffungspreis. Die Beteiligungen stehen teilweise mit über 200 Prozent zu Buche, also mit Phantasiepreisen. Der heutige Wert macht nur einen Bruchteil der in der Bilanz eingesetzten Summen aus.

Man wird den Ladendorffkonzern liquidieren. Die Geschichte des Konzerns ist ein weiterer Fall zum Kapitel kapitalistische Wirtschaftsführung. Sie ist aber auch ein Zeichen unseres kranken politischen Lebens, in dem es möglich war, hinter Schlagworten persönliche Interessen so weit zu verfolgen, dass sich der Staatsanwalt zum Eingreifen gezwungen sah. Seiffert hat sich der Staatsanwaltschaft durch die Flucht entzogen.

SPD. Madrid, 20. November (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum Freitag wurde von den zum Staatsgerichtshof ernannten Cortes das Urteil über den ehemaligen König Alphons XIII. gesprochen. Es lautet auf schuldig des Hochverrats. Infolgedessen dauernde Landesverweisung und Beschlagnahme seines gesamten noch in Spanien verbliebenen Besitzes.

Als einziger Verteidiger wirkte für den Exkönig sein alter liberaler Minister Graf Romanones. Romanones, der im ersten und im letzten Kabinett des gestürzten Monarchen gesessen hatte, sprach sehr lange. Er wurde aufmerksam angehört. Aber auch seine zweifellos sehr geschickte Verteidigung vermochte die wichtigsten Anklagepunkte, die Unterstützung der Diktatur Primo de Riveras und den damit sanktionierten Verfassungsbruch nicht zu erschüttern. Vielmehr musste der Verteidiger den Verfassungsbruch offen zugeben. Schliesslich hatte er ihn selbst früher in seinem Kampfe gegen den Diktator oft genug angeprangert. Neben dem Verfassungsbruch durch Unterstützung der Diktatur spielte das Marokkoabenteuer des Jahres 1921 eine grosse Rolle in dem Prozess. Damals hatte der König über den Kopf seines verantwortlichen Ministeriums hinweg und sogar über den Kopf des eigentlichen Oberkommandierenden in Marokko, des Generals Berenguer, des späteren Nachfolger Primo de Riveras, dem im Osten des Rif kommandierenden General Silvestre die Erlaubnis, wenn nicht gar den Befehl, zu einem verbrecherisch leichtsinnigen Vormarsch in das Gebiet Abd el Krims gegeben. Dieser Vormarsch endete mit der Katastrophe von Anoual und der Uebergabe der Festung Monte Arouit an die Rifleute. Damals wurde ein ganzes kriegsstarke spanisches Korps vernichtet und die Grundlage zu der späteren Grösse Abd el Krims gelegt, der erst fünf Jahre später endgültig niedergeworfen werden konnte.

Mit der Verurteilung des Exkönigs dürfte übrigens die Reihe der Prozesse, in die er verwickelt wird, noch nicht abgeschlossen sein. Die Untersuchung über die eigentlichen Schiebergeschäfte der Diktaturzeit harret noch der Erledigung. Man kann sich nicht gut vorstellen, dass sie ohne Hineinziehung des ehemaligen Königs geführt werden könnte. Bei dieser Gelegenheit dürften Dinge an den Tag kommen, die sehr wenig zu dem Bild passen, das sich heute noch immer gewisse Bürgerschichten von der Persönlichkeit und der Haltung eines Königs machen.

SPD. Den gegenwärtig stattfindenden deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen liegt u.a. ein Memorandum der russischen Regierung zugrunde, aus dem Zweck und Ziel dieser Besprechungen deutlich ersichtlich werden. In dem Memorandum wird einleitend darauf hingewiesen, dass der deutsche Import aus Russland im laufenden Jahr ungefähr 280 Millionen Mark oder etwa 1/4 des Vorkriegsimports Deutschlands ausmachen wird. Die russische Regierung wünscht deshalb eine Steigerung des deutschen Imports aus Russland auf 750 Millionen Mark. Sie schlägt zu diesem Zweck folgendes vor:

"U.a. würde die Sowjetregierung für wünschenswert und notwendig halten, in Deutschland im bevorstehenden Jahre 1932 folgende wichtigste Waren abzusetzen: Getreide aus der Ernte 1931/32; Weizen 300 000 to, Gerste 200 000 to, Mais 150 000 to, Oelkuchen 150 000 to, usw.; Holz: Papierholz etwa 300 000 russische Kubiksassen, Schnittholz 180 000 Standards, Sperrholz 8 000 chm usw.; Naphtaprodukte: bedeutende Steigerung des Absatzes von Sowjetbenzin über die bis jetzt erreichten Mengen, von Schmierölen auf 125 000 to, Masut einschliesslich Bunkerung 200 000 to usw.; Nahrungsmittel: Eier 6000 Waggons, Butter 30 000 to, geschlachtetes Geflügel 2 - 3000 Waggons, Erze: Eisenerz 1 Million to, Manganerz 120 000 to usw.

Im Einklang mit ihrer früheren Erklärung hält es die Sowjetregierung für möglich und notwendig, der deutschen Seite folgenden Kreis von Massnahmen zur Erörterung vorzulegen, die eine faktische Erweiterung des Sowjetexports

nach Deutschland bis zu dem oben bezeichneten Umfange sichern würden: a) Gewährung solcher Zollsätze, Eisenbahntarife, Hafengebühren und sonstiger Bedingungen für die Sowjetexportwaren, die in ihrer Gesamtheit den Sowjetexport nach Deutschland erleichtern und befestigen würden. b) Erweiterung und Befestigung der Praxis der Abnahme von Sowjetexportwaren (Getreide, Naphta, Holz usw.) durch staatliche oder unter Kontrolle des Staates stehende Organe und Institutionen wie auch kommunale Unternehmungen. c) Schaffung solcher Bedingungen in den Beziehungen zwischen den Handelsorganen der UdSSR in Deutschland und den grössten deutschen Abnehmern von Sowjetwaren, welche zu der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen im Interesse beider Seiten beizutragen geeignet wären.

Gestützt auf die mehrfachen Erklärungen der deutschen Seite hinsichtlich des Interesses der deutschen Staats- und Wirtschaftsorgane an der Erweiterung des Sowjetexports und hinsichtlich der Bereitwilligkeit der deutschen Regierungs-Institutionen, den Sowjethandelsorganen jegliche Hilfe in dieser Richtung zu erweisen, schlägt die Sowjet-Delegation der deutschen Seite ihrerseits vor, anzugeben, welche Art Massnahmen sie für möglich und erforderlich hält, in Entwicklung und Ergänzung der oben genannten zwecks Erreichung des im Interesse beider Seiten liegenden Zieles vorzuschlagen.

Die Sowjet-Delegation bringt zur Kenntnis der deutschen Seite, dass die Handelsorgane der UdSSR in Deutschland gegenwärtig konkrete Verhandlungen mit den grössten deutschen Abnehmern von Sowjetwaren bezüglich der Placierung der Exportkontingente für 1932 und der Herstellung festerer Beziehungen führen. Die Sowjet-Delegation hält es für möglich und zweckmässig, sich das Recht vorzubehalten, im Gange dieser Verhandlungen der deutschen Seite Wünsche zur Kenntnis zu bringen, die sich aus den konkreten Erörterungen mit den einzelnen Gruppen der deutschen Abnehmer von Sowjetwaren ergeben.

Bei der Aufrollung der Exportfrage in ihrer Gesamtheit vor der deutschen Regierung geht die Sowjet-Regierung davon aus, dass das Wesen und die Lösung dieser Frage sich völlig ergibt aus dem Geiste und dem Gedanken des Artikel 1 des Wirtschaftsabkommens von 1925, in dem beide Länder die Verpflichtung übernommen haben, ihren Anteil im Wirtschaftsverkehr zwischen beiden Ländern auf das Vorkriegsniveau zu bringen.

Die Sowjet-Regierung ist der Auffassung, dass erst die Lösung dieser wichtigsten Frage eine dauernde und ernsthafte Entwicklung der sowjetistisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen im Interesse beider Seiten sichert und die rascheste Lösung der Frage hinsichtlich des Umfanges und Charakters der Sowjetbestellungen in Deutschland im bevorstehenden Jahre 1932 in Verbindung mit den wachsenden Importbedürfnissen der UdSSR für die Durchführung des 5-Jahresplanes erleichtert. Gleichzeitig schafft die Lösung dieser Frage eine wirklich feste und verlässliche Basis für die Zahlungen der UdSSR in Deutschland."

SPD. Bochum, 20. November (Eig. Drahtb.)

Der Chefingenieur der Glaswerke Ruhr A.G. in Karnap bei Essen, Pötting, wurde unter dem dringenden Verdacht der Werkspionage verhaftet. Ausserdem wurde ein österreichischer Ingenieur festgenommen, der in Frankreich unter Verwendung deutscher Patente Glashütten gebaut und eingerichtet haben soll. Die Patente waren von Pötting zur Verfügung gestellt worden.

SPD. Am Freitag hat die zwischen dem Reichsinnenminister und dem preussischen Ministerpräsidenten wegen des jüngsten Rundfunk-Konflikts in Aussicht genommene Besprechung stattgefunden. Die beiden Minister kamen überein, an den Bestimmungen für den Rundfunk keinerlei Änderungen vorzunehmen, jedoch

durch die Sachbearbeiter der Ministerien Erwägungen über eine leichtere und bessere Handhabung dieser Bestimmungen vornehmen zu lassen. Insbesondere soll Vorsorge getroffen werden, dass Vortragsmanuskripte politischer Art so rechtzeitig eingereicht werden, dass eventuell zu befürchtende Meinungsverschiedenheiten über diese Manuskripte in den Ueberwachungsausschüssen noch rechtzeitig behoben werden können.

SPD. New York, 20. November (Eig. Dr.)

In Amerika haben im Oktober 512 Banken mit 567 Millionen Dollar Depositen-
geldern ihre Schalter geschlossen. In den letzten zehn Monaten stellten insge-
samt 1357 Banken ihre Auszahlungen ein.

SPD. Vor der Abstimmung über die Misstrauensanträge gegen die Reichsre-
gierung in der letzten Sitzung des Reichstags haben Hitler und Hugenberg ver-
sucht, die Wirtschaftspartei und andere Gruppen auf die Seite der Opposition
zu bringen. Hitler weilte zu diesem Zweck eigens fünf Tage in Berlin, wo er
im Hotel Kaiserhof in 6 Zimmern "residierte". Was er in diesen fünf Tagen wäh-
rend seiner politischen Besprechungen an Unfug und dummen Redensarten verzapft
hat, ist zum grossen Teil durchgesickert, ohne dass Hitler sich dagegen auch
nur mit einem Wort gewehrt hätte. Anders Hugenberg, der damals ebenfalls zahl-
reiche politische Besprechungen geführt und ebenfalls seltsame Dinge geredet
hat, die er jetzt jedoch nicht wahr haben will. Die Wirtschaftspartei hat
sich deshalb zu einer offiziellen Verlautbarung über die Besprechungen mit
Hugenberg veranlasst gesehen, der wir folgendes entnehmen:

"Bei der offiziellen Besprechung zwischen den Delegierten der Wirtschafts-
partei und Herrn Geheimrat Hugenberg hat letzterer bezüglich der Wirtschafts-
politik keine konkreten Angaben gemacht, sondern sich dahingehend geäussert:
a) dass er über den gegebenenfalls von ihm einzuschlagenden wirtschaftspoliti-
schen Kurs Angaben nicht machen könne und wolle, b) dass er die Ueberzeugung
gewonnen habe, dass die Leitung der Nationalsozialistischen Partei sich bei
der Uebernahme der Regierung durch ihn seiner wirtschaftspolitischen Führung
einordnen würde, c) auf die wiederholte Frage nach seiner Einstellung zur Si-
cherung der Stabilität der Währung hat sich Herr Geheimrat Hugenberg weder im
positiven noch im negativen Sinne geäussert. Ebensowenig hat Herr Geheimrat
Hugenberg irgend eine positive oder negative Erklärung auf die spezielle Frage
abgegeben, wie er sich zu dem in der letzten Zeit mehrfach erörterten Plan
einer Angleichung der Mark an das englische Pfund einstellen würde.

Entsprechend dem internen Charakter der Verhandlung begnügt sich die Lei-
tung der Wirtschaftspartei zunächst mit diesen Feststellungen, behält sich aber
weitere Erklärungen bei neuerlichen Veröffentlichungen der deutschnationalen
Presse vor."

Aus diesen Feststellungen geht einmal hervor, dass Hugenberg sich nach
Harzburg bereits als Reichskanzler in spe fühlte, sich aber trotzdem weder
über das Währungsproblem noch über andere aktuelle Fragen negativ oder posi-
tiv geäussert hat. Das lässt zum mindesten den Schluss zu, dass er kein Freund
der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Währung ist. Was das in der Praxis be-
deutet liegt auf der Hand. Interessant an den Feststellungen der Wirtschafts-
partei ist ferner, dass die Nationalsozialisten sich nach Hugenbergs Eindruck
seiner "Führung" unterordnen wollten, während die Nazis selbst insbesondere
in letzter Zeit immer wieder das Gegenteil behauptet haben. Aber diesen Streit
mögen die Herrschaften unter sich austragen. Uns interessiert an dieser Sorte
"Führung" vor allem, dass sie sich zwar zur Macht berufen fühlte aber nicht
einmal in dem Augenblick, als sie zur Macht drängte, wusste was sie wollte.

SPD. Bukarest, 20. November (Eig. Ber.)

Die Herbsttagung der rumänischen gesetzgebenden Körperschaften, der Kammer und des Senats, wurde durch eine umfangreiche Thronrede eröffnet, die neben der Behandlung zahlreicher wirtschaftlicher Gesetzprojekte zur Bekämpfung der Krise und besonders der Agrarnot auch die Einbringung von vier Militär-Vorlagen ankündigte. U.a. plant die Regierung die Aufstellung eines neuen technischen Armeekorps und die Verstärkung der Fliegertruppe. Also Aufrüstung statt Abrüstung, obschon die Regierung das Rüstungsfeierjahr akzeptierte...

Die Sozialdemokratische Kammerfraktion hat beschlossen, die Finanzpolitik der Regierung entschieden zu bekämpfen. Sie will vor allem verhüten, dass die Gehälter der kleinen und mittleren Beamten von dem angekündigten neuen und ausserordentlich drückenden Steuerprogramm des Finanzministers betroffen werden. Die Fraktion wird dann der Kammer einen Gesetzesentwurf vorlegen, der eine geregelte Fürsorge für die Arbeitslosen vorsieht, die jetzt ohne jede staatliche Unterstützung sind und buchstäblich hungern. Neben der Aufrollung der Arbeitslosenfrage soll schliesslich auch das Minderheitenproblem zur Sprache gebracht werden. Bei Stellung der Vertrauensfrage werden die Sozialisten aus prinzipiellen Gründen gegen die Regierung stimmen.

SPD. Das Memorandum der Reichsregierung zu dem Antrag auf Einberufung des Sonderausschusses bei der BIZ hat folgenden Wortlaut:

"Bereits Anfang Juni dieses Jahres war die Deutsche Regierung zu der Ueberzeugung gelangt, dass sie trotz stärkster Herabsetzung der staatlichen Ausgaben und wiederholter Erhöhung der Steuerlasten ausserstande sein werde, die Zahlung der Annuitäten des Neuen Planes fortzusetzen. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands war schon damals auf das Ernsteste bedroht. Die Deutsche Regierung hatte sich deshalb entschlossen, die notwendigen Schlussfolgerungen aus dieser Lage zu ziehen.

Diesem Entschluss folgte am 21. Juni die Erklärung des Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die einen einjährigen Aufschub aller Zahlungen auf Schulden der Regierungen, Reparationen und Wiederaufbauschulden vorschlug. Der Zweck dieser weitblickenden Initiative war, wie es in der Erklärung hiess, zur Wiederherstellung des Vertrauens beizutragen und dadurch den politischen Frieden sowie die wirtschaftliche Stabilisierung in der Welt zu fördern; den Schuldnerstaaten sollte Zeit zur Wiedererlangung ihrer nationalen Prosperität gegeben werden. Die Hoffnung, dass dieser Vorschlag eine entscheidende Wendung in der Weltkrise herbeiführen werde, hat sich nicht verwirklicht. Die weiteren Ereignisse hatten zur Folge, dass das Hoover-Fieberjahr für sich allein die Gefahr des Zusammenbruchs nicht bannen konnte. Die Britische Regierung ergriff daher im Juli die Initiative zur Einberufung der Londoner Konferenz. Aus den Empfehlungen der Konferenz ergab sich die Verlängerung des der Reichsbank gewährten Rediskontkredits, das sogenannte Baseler Stillhalte-Abkommen und der Bericht des von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich eingesetzten Baseler Sachverständigenausschusses.

So wichtig alle diese Massnahmen waren, um eine schnelle Erleichterung zu schaffen, so waren sie doch ihrem ganzen Charakter nach nur vorbereitender Natur. Die Londoner Konferenz selbst hat in ihrer Schlusserklärung festgestellt, dass die empfohlenen Massnahmen nur ein erster Schritt seien, und dass sie die Grundlage für eine Aktion von weiterreichender Bedeutung bilden sollten. Dementsprechend hat auch den Sachverständigen, die an der Durchführung der Londoner Empfehlungen mitgearbeitet haben, der vorläufige Charakter aller dieser Massnahmen stets vor Augen gestanden. So heisst es in dem Stillhalte-Abkommen, dass die Vertragsparteien die darin vorgesehene Regelung nur "bis zur Herbeiführung einer dauerhafteren Lösung für das Problem der kurzfristigen Verschuldung Deutschlands getroffen haben". Ebenso schliesst der Bericht des Baseler

Sachverständigenausschusses mit der dringenden Mahnung an die beteiligten Regierungen, "keine Zeit in der Ergreifung der notwendigen Massnahmen zu verlieren, um eine Lage zu schaffen, die es ermöglicht, Finanztransaktionen durchzuführen, die Deutschland und damit der Welt die so dringend benötigte Hilfe bringen".

In den seither vergangenen Monaten hat sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands aufs äusserste zugespitzt. Die Tatsachen, die diese Lage kennzeichnen, sind allgemein bekannt. Auch in anderen Ländern hat der Druck der Krise zu den ernstesten Erscheinungen geführt. Die Welt ist sich in steigendem Masse klar geworden über den inneren Zusammenhang der verschiedenen durch die Lage aufgeworfenen finanziellen Teilprobleme und über die Notwendigkeit, sie alsbald in ihrer Gesamtheit in Angriff zu nehmen. Bei den Überlegungen, in welcher Form diese Aufgabe am besten zu behandeln sei, ist letzthin der Gedanke in den Vordergrund getreten, zunächst den Beratenden Sonderausschuss einzuberufen. Da nach dem System des Neuen Planes die Einberufung des Beratenden Sonderausschusses von einem Antrag der Deutschen Regierung abhängt, hat sich die Deutsche Regierung zu diesem Antrag entschlossen, damit ihrerseits alles geschieht, was den Weg zu umfassenden gemeinsamen Massnahmen der Regierungen eröffnen kann.

Nach dem Neuen Plane ist für diesen Antrag die Erklärung der Deutschen Regierung erforderlich, dass "sie in gutem Glauben zu dem Schlusse gekommen ist, dass die Währung und das Wirtschaftsleben Deutschlands durch den teilweisen oder vollständigen transfer des aufschiebbaren Teiles der Annuitäten ernstlich in Gefahr gebracht werden könnten." Indem die Deutsche Regierung diese Erklärung abgibt, muss sie zum Ausdruck bringen, dass eine solche Erklärung der gegenwärtigen Sachlage nicht gerecht wird. Seit der Aufstellung des Neuen Planes ist die wirtschaftliche und finanzielle Lage in der Welt, insbesondere in Deutschland, durch eine Krise ohne gleichen von Grund auf geändert worden. Da der Neue Plan dem Beratenden Sonderausschuss die Aufgabe zuweist, die Lage unter allen Gesichtspunkten zu prüfen, muss der Ausschuss das Problem in seiner Gesamtheit und unter Berücksichtigung aller seiner Faktoren prüfen und hierbei insbesondere berücksichtigen, dass die Frage der privaten Verschuldung Deutschlands rechtzeitig vor Ende Februar nächsten Jahres neu geregelt sein muss, und zwar durch eine Vereinbarung, die zwischen ausländischen Gläubigern und deutschen Schuldern zu treffen ist.

Da die gegenwärtigen Verhältnisse die grösste Beschleunigung der zu treffenden Massnahmen erfordern, schlägt die Deutsche Regierung vor, dass der Beratende Sonderausschuss unverzüglich zusammentritt, und dass er seine Arbeiten so schnell als möglich erledigt, damit schon in nächster Zeit eine Konferenz derjenigen Regierungen stattfinden kann, die für die alsdann zu fassenden Entschlüsse zuständig sind."

SPD. Stuttgart, 20. November (Eig. Dr.)

Das württembergische Zentrum brachte in der Freitagsitzung des württembergischen Landtages eine Grosse Anfrage ein, die sich gegen die vom Reichsarbeitsministerium geplanten "einschneidenden Verwaltungsmassnahmen und Organisationsänderungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung", die eine weitere Einschränkung der Rechte und Einwirkungsmöglichkeiten der Länder auf die deutsche Sozialversicherung bedeuten sollen" wendet.

Der Wirtschaftsminister erklärte in Beantwortung der Anfrage, dass man im Reich anstrebe, die Versicherungsämter aufzuheben und sie in die Oberversicherungsämter aufzunehmen. Ausserdem werde mit der Möglichkeit gespielt, die Landesversicherungsanstalten und die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften aus dem Gefüge der Länder und Provinzen loszulösen. Auch solle der Präsident der Landesversicherungsanstalt zum Reichsbeamten gemacht werden. Hiergegen habe die württembergische Regierung beim Reich Vorstellungen erhoben und auch

vor dem Landtag müsse gegen solche Massnahmen Protest eingelegt werden.

Die Zentrumsinterpellation wurde von dem Abgeordneten André vertreten, der Präsident der Landesversicherungsanstalt Württembergs ist und durch seine Darlegungen erkennen liess, dass er nicht Reichsbeamter und damit dem Reichsarbeitsministerium unmittelbar unterstellt werden, sondern württembergischer Landesbeamter bleiben will. Ein sehr eigenartiges Licht auf seine Einstellung warf insbesondere die Art, in der er die vom Reich für die zahlreichen Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege herausgegebenen Richtlinien und Anweisungen ironisierte, um dadurch die Unmöglichkeit einer zentralen Regelung und Verwaltung auf diesem Gebiet nachzuweisen.

Im Hinblick auf die Ungeklärtheit der Frage und da über das, was vom Reich angeblich geplant ist, auch von dem Wirtschaftsminister nur unbestimmte Andeutungen gemacht worden waren, beantragte die sozialdemokratische Fraktion, die Erörterung an einen Ausschuss zu verweisen. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und Kommunisten abgelehnt, dagegen wurde mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten ein Antrag angenommen, "sich mit allem Nachdruck dagegen zu wehren, dass das Reich auf dem Gebiet der Sozialversicherung organisatorische Veränderungen trifft, welche die Zuständigkeit des Landes Württemberg einschränken oder gar aufheben".

SPD. Die Vertreter der Landwirtschaft im Wirtschaftsbeirat, Brandes, der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, von Oppen und Dr. Holtheimer, haben der Reichsregierung in einem Brief mitgeteilt, dass sie in den Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates "die grosse Linie zur Rettung der gesamten Landwirtschaft vermissen" und dass sie "deshalb den Arbeiten des Wirtschaftsbeirates fernbleiben, bis sich die Regierung zu einer Änderung dieser Methoden und zur Aufstellung eines klaren Programms zwecks Durchführung der zur Rettung der gesamten Landwirtschaft erforderlichen Massnahmen entschliesst".

Aus dem Schreiben geht weiter hervor, was die Grossagrariere unter "klarem Programm zur Rettung der gesamten Landwirtschaft" verstehen. Dahin gehört nach ihrer Auffassung zunächst ein höherer Butterzoll und Drosselung der Lebensmitteleinfuhr durch eine entsprechende Devisenzuteilung, Forderungen, die die Grosslandwirtschaft schon seit Monaten immer wieder aufstellt. Im übrigen will man, dass der Vollstreckungsschutz, der durch die neue Osthilfe dem Osten generell gewährt wird, auch auf den Westen und Süden übertragen wird. Die neue Osthilfe schafft den bankrotten Grossbetrieben im Osten starke Erleichterungen, diese gehen aber, da die zentralen Genossenschaftskassen dabei auf Forderungen verzichten müssen, zum Teil auf Kosten der Landwirtschaft im Westen und Süden. Die Landwirtschaft im Westen und Süden sagt mit Recht, dass sie die Kosten der Hilfe für die Grossagrariere bezahlen muss. Man hält es anscheinend bei den Grossagrariern für angebracht, die gerechte Empörung in der west- und süddeutschen Landwirtschaft durch Aufstellung von unmöglichen Forderungen zu besänftigen.

Der Brief der Agrariere an die Regierung ist nichts anderes als ein übler Erpressungsversuch.

SPD. Frankfurt/Main, 20. Nov. (Eig. Dr.)

Der einzige der angeklagten Favag-Direktoren, der seine Taten bereut und durch rückhaltslose Aussagen viel zur Aufhellung des Favagdunkels beigetragen hat, ist der jüngste Angeklagte, Direktor Sauerbrey.

Sauerbreys Verteidigung basiert auf der Tatsache, dass er als 22jähriger Prokurist und später Mitdirektor einer Riesengesellschaft mit einem ausser-

ordentlich hohen Gehalt angestellt und mit "Sondervergütungen" in Höhe von mehreren 100 000 Mark überschüttet wurde, sodass er jedliches Augenmass verlor für die Dinge, die um ihn vorgingen, zumal er seine Stellung verloren hätte, wenn er nicht "mitgemacht" hätte. Umgeben von ersten Kapazitäten des deutschen Versicherungsgewerbes, die genau so scheffelten wie er selbst, meist sogar noch viel mehr, hat er der für einen so jungen Menschen ungeheuren Versuchung nicht widerstehen können, in geradezu irrsinnigem Luxus leben zu können. Dass er von seinen Mitdirektoren gelegentlich tüchtig übers Ohr gehauen wurde, dass Zusagen ihm gegenüber wiederholt nicht eingehalten wurden, das vervollständigt nur das Bild. In anderen Fällen hat dafür wieder Sauerbrey seine Kollegen in der Favag-Direktion getäuscht, so bei zwei Abhebungen von 50 000 und 36 000 Mark in den Jahren 1928 und 1929, die er durch Falschbuchungen verschleierte.

Sauerbrey führte am Freitag über seine Falschbuchungen aus, dass die ihm im August 1929 beim Zusammenbruch der Favag gemachten Vorwürfe von Depotunterschlagungen einen so starken seelischen Druck auf ihn ausgeübt hätten, dass er ins Ausland geflohen sei. In Prag sei er dann wegen Passvergehens zu einer ungewöhnlich hohen Strafe von drei Monaten Kerker verurteilt worden. Bei der Vernehmung durch den deutschen Untersuchungsrichter habe er an der Aufklärung aller Fälle bereitwilligst mitgeholfen, seine Taten nicht beschönigt, aber auch andere Mitangeklagte nicht belastet. Er wollte und wolle unter keinen Umständen ein Denunziant sein.

Bei der Verhandlung über den Fall Bankhaus Kahnheimer, einer Tochtergesellschaft der Favag, gibt Sauerbrey zu, sich einer schweren Untreue schuldig gemacht zu haben. Zur Verschleierung eines Verlustes von 45 000 Mark hat Sauerbrey in dem Kontokorrentbuch die Seiten mit den ihn belastenden Buchungen entfernen und durch neue Seiten mit "harmlos" aussehenden Konten ersetzen lassen.

SPD. Der deutsche Antrag auf Einberufung des im Youngplan vorgesehenen Sonderausschusses der Bank für Internationalen Zahlungsaustausch ist am Freitag in Basel überreicht worden. Volle zwei Wochen ist zwischen der deutschen und der französischen Regierung allein über diese Vorfrage verhandelt worden. Allerdings handelte es sich dabei nicht nur um eine Formfrage. Denn von dem Wortlaut des deutschen Antrages hing eine wichtige sachliche Entscheidung ab: es ging um die Aufgaben und Befugnisse des Baseler Sonderausschusses. Sollte sich dieses Gremium von Sachverständigen nur darauf beschränken, die Fähigkeit Deutschlands, Reparationen zu leisten, nachzuprüfen, oder sollte ihm darüber hinaus die Aufgabe zugewiesen werden, das Problem der Rückzahlung der eingefrorenen privatwirtschaftlichen Kredite zu untersuchen? Der Buchstabe des Youngplans sprach für die französische These, dass der Sonderausschuss nur für Reparationszahlungen - und zwar sogar nur für den sogenannten "aufschiebbaren" Teil - zuständig sei. Die wirtschaftliche Vernunft gebot hingegen, das Problem der Privatschulden gleichzeitig zu behandeln.

Es war zwischen Berlin und Paris vereinbart worden, dass der deutsche Einberufungsantrag in Basel erst überreicht werden würde, wenn über seinen Wortlaut, d.h. über seine Tragweite, ein Einvernehmen erzielt wäre. Dieser Wortlaut liegt nunmehr vor und stellt ein Kompromiss zwischen den beiden Auffassungen dar. Der Antrag zerfällt in zwei Teile einen historischen und einen aktuellen Teil. Im ersten Teil wird die Einberufung des Basler Sonderausschusses mit der gesamten Entwicklung der letzten Zeit begründet und an das Hoover-Moratorium, an die Londoner Juli-Konferenz der Ministerpräsidenten, und an die Basler Stillhalteverhandlungen erinnert. In Fortsetzung dieser Aktionen, die sich als ungenügend erwiesen haben, um Deutschlands wirtschaftliche und finanzielle Lage zu stabilisieren, wird nun die Einberufung des Sonderausschusses beantragt. Dieser Ausschuss soll zwar nach dem Young-Plan nur für die Aussetzung der Zahlung von geschützten (aufschiebbaren) Annuitäten zuständig

sein, aber das deutsche Memorandum erklärt ausdrücklich, dass nach ihrer Auffassung diese Einschränkung "der Sachlage nicht gerecht wird", da seit der Haager Konferenz "die wirtschaftliche und finanzielle Lage in der Welt und insbesondere in Deutschland durch eine Krise ohne gleichen von Grund auf geändert worden" ist.

Es handelt sich hier, wie von zuständiger Stelle betont wird, um eine einseitige Erklärung Deutschlands. Aber sie ist zumindest mit dem stillschweigenden Einverständnis Frankreichs erfolgt, wie ja überhaupt das Memorandum erst überreicht wurde, als der französische Ministerpräsident seine Zustimmung zu dem vorgeschlagenen und eingehend diskutierten Wortlaut erteilt hatte. Das gleiche gilt für die weitere Erklärung des deutschen Antrages, dass der Sonderausschuss das Problem "in seiner Gesamtheit und unter Berücksichtigung aller seiner Faktoren", einschliesslich der privaten Verschuldung Deutschlands zu prüfen haben wird. In Berlin ist man jedenfalls fest überzeugt, dass nach allen vorangegangenen diplomatischen Verhandlungen, in denen gerade über diese Formulierungen hartnäckig gerungen werden musste, ein nachträglicher Einspruch Frankreichs gegen eine Einbeziehung der privaten Verschuldung in das Gutachten des Sonderausschusses nicht mehr zu befürchten ist.

Im übrigen wird die private Verschuldung von einem zweiten Ausschuss mit dem Ziel, zunächst das Stillhaltungsabkommen zu verlängern, behandelt werden. Aber nicht nur zeitlich und vermutlich auch örtlich (in Basel) wird diese zweite Ausschuss mit dem Sonderausschuss der BIZ zusammenarbeiten müssen, sondern es wird vermutlich sogar eine weitgehende Personalunion zwischen den beiden Ausschüssen hergestellt werden. Damit dürften auch sachlich die Gutachten beider Ausschüsse in Einklang gebracht werden. Eine Konferenz der Regierungen wird sodann unverzüglich zusammentreten. Darüber besteht schon jetzt Einverständnis zwischen den beteiligten Regierungen.

SPD. Paris, 20. November (Eig. Drahtb.)

Die Verhandlungen über den chinesisch-japanischen Konflikt vor dem Völkerbundsrat haben am Freitag zu einer Verständigung über die Art, wie der Konflikt geregelt werden soll, geführt.

Nach den ausführlichen Erklärungen, die Yoshizawa und Sze am Mittwoch vor den Ratsmitgliedern abgegeben hatten, galten die Verhandlungen zunächst zwei Punkten. Der erste Punkt betraf die Frage, ob der Rat zur Regelung des Konfliktes bei dem von China angerufenen Artikel 11 des Völkerbunds Paktes bleiben oder den Artikel 15 heranziehen soll, mit dem China bereits gedroht hätte. Der Rat einigte sich dahin, bei dem Artikel 11 zu bleiben, da das Verfahren des Artikels 15 sehr langwierig ist und der Völkerbundsrat durch ihn in die unangenehme Rolle eines Richters über beide Parteien versetzt würde. Bei den Verhandlungen über diesen Punkt spielte ausser Briand der englische Aussenminister Sir John Simon eine grosse Rolle. Er war es, der dafür eintrat, dass, wenn aufgrund des Artikels 11 keine Regelung zustande komme, der Völkerbundsrat in einem Bericht klar und deutlich seine Unfähigkeit, den Konflikt beizulegen, zum Ausdruck bringen müsse. Staatssekretär von Bülow schloss sich dieser Ansicht an.

Nachdem dieser erste Punkt geregelt war, setzte sich von Bülow dafür ein, dass zunächst eine Art Waffenstillstand zwischen den beiden kämpfenden Parteien abgeschlossen werde, um eine ruhigere Atmosphäre zu schaffen. Im Zusammenhang damit wurde dem Rat der Vorschlag gemacht, eine Unterkommission nach China zu entsenden. Ueber die Zusammensetzung dieser Kommission ist man sich noch nicht im klaren. Was ihre Vollmachten anbetrifft, so sind ihr aufgrund des Artikels 11 keinerlei Grenzen gesetzt. Sie soll sich zunächst mit der Frage der Sicherheit in ganz China beschäftigen. In Ratskreisen nimmt man an, dass schon die Anwesenheit dieser Kommission eine Entspannung herbeiführen und den

Kleinkrieg zwischen Japan und China beenden wird. Japan soll, sobald die Ruhe und Ordnung wiederhergestellt ist, bereit sein, mit der Räumung der Mandschurei zu beginnen. Die Forderung nach Anerkennung der Verträge durch China hält Japan noch aufrecht, stellt sie aber nicht als Vorbedingung für die Entsendung der Kommission. Die Stimmung in Ratskreisen ist daraufhin wieder etwas optimistischer geworden und man hofft, dass China mit der Entsendung der Kommission einverstanden sein wird.

Briand hatte am Freitag-Vormittag eine längere Unterredung mit General Dawes, der der Generalsekretär des Völkerbundes beiwohnte. Um vier Uhr nachmittags traten die Ratsmitglieder ohne den japanischen und chinesischen Delegierten wieder zusammen. Es wurde beschlossen, am Sonnabend-Nachmittag um vier Uhr eine öffentliche Sitzung abzuhalten.

Staatssekretär von Bülow reist am Sonnabend-Nachmittag nach Berlin zurück. Er übergibt die Leitung der deutschen Delegation dem Gesandten von Mutius.

SPD. Die Reichsregierung teilt zu dem Rücktritt der landwirtschaftlichen Vertreter im Wirtschaftsbeirat mit, dass die landwirtschaftlichen Vertreter durch den Reichspräsidenten in den Wirtschaftsbeirat berufen worden sind und es deshalb Erstaunen hervorgerufen habe, dass sie über ihren Rücktritt einen Brief abgesandt und veröffentlicht haben, ohne den Reichspräsidenten oder die Reichsregierung von dem beabsichtigten Schritt in Kenntnis zu setzen.

Im übrigen wird in der Regierungserklärung betont, dass es sich in den Aussprachen des Wirtschaftsbeirates nur darum handele, die Auffassung der massgeblichen Wirtschaftskreise festzustellen. Die verfassungsmässige Zuständigkeit der Regierung, in eigener Entschliessung ein Wirtschaftsprogramm aufzustellen, könne durch die Arbeiten des Wirtschaftsbeirates in keiner Weise berührt werden. Selbstverständlich könne es auch nicht Aufgabe des Wirtschaftsbeirates sein, Einzelmassnahmen wie die Erhöhung des Butterzolles vorzuschlagen. Zugegeben wird, dass die Neugestaltung der deutschen Osthilfe einen Teil des gesamten Wirtschaftsprogrammes der Reichsregierung darstellt. Da in diesem Falle aber Fragen der bevorstehenden Frühjahrsbestellung und der Sicherung der Ernährung des deutschen Volkes auf dem Spiel standen, habe sich die Regierung verpflichtet gefühlt, die entsprechenden Massnahmen vor endgültiger Feststellung des übrigen Teiles des Wirtschaftsprogrammes in Kraft zu setzen. Die landwirtschaftlichen Vertreter seien von diesen Massnahmen vorher unterrichtet worden.

Die Mitteilung der Reichsregierung betont zum Schluss: "Von einer 'Sprengung' des Wirtschaftsbeirates durch das Fernbleiben der drei landwirtschaftlichen Vertreter kann natürlich in keiner Weise die Rede sein. Die wertvollen Arbeiten der Ausschüsse sind am Donnerstag zu Ende geführt worden und es handelt sich jetzt lediglich noch darum, in einer abschliessenden Sitzung der beiden Ausschüsse das Ergebnis in Leitsätzen festzustellen und hierüber eine Schlusssitzung des gesamten Wirtschaftsbeirates, die für Montag, den 23. unter dem Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten vorgesehen ist, abzuhalten."

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstags beschäftigte sich am Freitag mit den Anträgen, die eine Kürzung der hohen Pensionen bezwecken.

Der zum Berichterstatter ernannte Abg. Rossmann (S) gab einen Ueberblick über die Entwicklung des Pensionsrechts seit 1923. Im Jahre 1923 war auf Drängen der Sozialdemokratie eine Bestimmung geschaffen worden, wonach das Privateinkommen bis zu einem verhältnismässig niedrigen Betrag auf die Pension angerechnet wurde. Diese Bestimmung wurde 1925 wieder aufgehoben, sodass seitdem neben riesigen Privateinkommen hohe Pensionen gezahlt werden. Alle

Versuche, die in früheren Reichstagen gemacht wurden, um diesen Zustand zu beseitigen, sind gescheitert. Der im gegenwärtigen Reichstag von der Regierung eingebrachte Gesetzentwurf ist noch unerledigt. Die Notverordnung vom 6. Oktober hat nun eine gewisse Kürzung der Höchstpensionen gebracht, die aber unzulänglich ist und daher nach den Anträgen verschiedener Parteien geändert werden soll. Von der sozialdemokratischen Fraktion liegt ein neuer Gesetzentwurf vor, der eine weitergehende Kürzung der Grosspensionen und eine weitergehende Anrechnung grösserer Privateinkommen der Pensionäre erstrebt.

Abg. Ersing (Z) betont die technischen Schwierigkeiten einer Neuregelung, wünscht aber die Beseitigung des Agitationsstoffes und fragt, wie viele hohe Pensionen es noch gebe?

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich erklärt, man habe bei Abfassung der Notverordnung vom 6. Oktober jede Verletzung der Reichsverfassung vermieden, aber Gerichtsurteile, die die neue Regelung wieder durchbrechen, seien nicht ausgeschlossen. Das Beste wäre, eine völlige Neuregelung der Materie durch ein verfassungsänderndes Reichsgesetz. Damit würde auch die ungeheuerliche Agitation beseitigt. Pensionen über 12 000 Mark würden zur Zeit vom Reich noch 579 gezahlt. Die meisten davon bewegten sich zwischen 12 000 und 14 000 Mark. Nach weiteren Mitteilungen eines Regierungsvertreters befinden sich unter diesen Grosspensionären noch 108 alte Generale mit Bezügen von je 14 900 Mark.

Die Abgeordneten Morath (D.V.) und Laverrenz (Dn) wenden sich lebhaft gegen die Erschütterung des Vertrauens und der Rechtssicherheit, die durch die fortgesetzten Eingriffe in das Pensionsrecht herbeigeführt würden. Die wohl erworbenen Rechte der Beamten müssten gewahrt werden. Drewitz (W.P.) schlägt vor den Antrag der streikenden Nationalsozialisten von der Beratung auszuschliessen, wie das in anderen Ausschüssen auch geschehen sei. Vorsitzender Heimann hält das nicht für möglich, weil der Antrag dem Ausschuss überwiesen sei. Der Antrag werde aber, da er im Ausschuss nicht begründet werde, praktisch sich von selbst erledigen. Torgler (K) erklärt, das Vertrauen der kleinen Zahl von Grosspensionären sei gleichgültig. Man habe auch bei der Kürzung der Bezüge von Arbeitslosen usw. nicht nach dem Vertrauen gefragt. Hartwig (Volkskons.) wendet sich gegen seinen früheren Fraktionskollegen Laverrenz und betont, man könne den grossen Pensionen nicht vorbeigehen, wenn das ganze Volkseinkommen zusammenschumpfe.

Abg. Rossmann (S): Wenn man durch Notverordnung die Pensionen kürzen könne, ohne die Verfassung zu verletzen, so müsse das auch durch ein ordentliches Gesetz möglich sein. Gewichtiger als die finanziellen Wirkungen seien die psychologischen Gründe. Es kämen aber neben den 579 Grosspensionären beim Reich auch noch die bei den Ländern, den Gemeinden und den Körperschaften des öffentlichen Rechts in Betracht. Bei manchen kommunalen Körperschaften würden noch Pensionen auf Grund besonderer Abmachungen gezahlt, die das Gehalt eines aktiven Ministers überschreiten. Gegenüber den Klagen des deutschnationalen Redners über die in der Pensionsfrage betriebene politische Agitation verweist Rossmann darauf, dass die ganze Pensionshetze von rechtsradikaler Seite ausgegangen und gegen die Republik gerichtet sei. Zuerst hätten die Deutschen die wenigen Pensionäre der Republik öffentlich in den Schmutz gezogen. Als sie dann gemerkt hätten, dass ihr Pfeil auf die Masse der Grosspensionäre aus dem alten System zurückgesprungen sei, seien sie zwar vorsichtiger geworden, aber nun hätten die Nationalsozialisten das unsaubere Handwerk fortgesetzt. Noch heute würden nationalsozialistische Flugblätter in Millionen verbreitet, in denen die Bezüge der grossen Pensionäre, des Reichsbankpräsidenten, der Direktoren schwerindustrieller Unternehmungen aufgeführt und den Arbeitslosen, den notleidenden Kleingewerbetreibenden und Bauern es so dargestellt werde, als sei das eine Frucht "marxistischer" Politik. In Wahrheit bewegen sich die Träger dieser Rieseneinkommen in den Reihen der "nationalen Opposition" und seien in Harzburg erschienen, um Deutschland zu erneuern. Die Nationalsozialisten aber entzögen sich im Reichstag der Pflicht, eine dem Volksempfinden entsprechende Regelung der Pensionsfrage zu treffen. Wenn die

Bezüge der Sozialrentner, Kriegsbeschädigten, Arbeitslosen und aller wirtschaftlich Schwachen so radikal gekürzt würden, wie es geschehen ist, könnten die "wohlerworbenen" Rechte der Grosspensionäre nicht als ein Heiligtum gelten. Diese wohlerworbenen Rechte müssten den veränderten Existenzgrundlagen des ganzen Volkes angepasst werden. Die Klage des deutschnationalen Redners über die Erschütterung des Rechts sei unverständlich angesichts der Tatsache, dass die Deutschnationalen in den Gemeinden und in den Ländern Braunschweig, Thüringen, Bayern und Württemberg selbst tiefe Eingriffe in das Beamtenrecht vorgenommen haben. In Württemberg sei das geschehen von dem deutschnationalen Finanzminister Dr. Dehlinger, der als prominentes Mitglied der nationalen Opposition in Harzburg gewesen sei.

Nach weiterer Debatte, in der die Redner der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei an ihrem Widerstand gegen einen Eingriff in das Pensionsrecht festhalten, wird die allgemeine Aussprache geschlossen. Am Sonnabend soll auf der Grundlage des Regierungsentwurfs die Einzelberatung beginnen.

SPD. Köln, 20. November (Eig. Drahtb.)

Am Freitag wurde vor dem erweiterten Schöffengericht ein Beleidigungsprozess des Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski gegen den verantwortlichen Schriftleiter des "Westdeutschen Beobachter" Dr. Winkelkemper verhandelt, zu dem Grzesinski als Nebenkläger mit Rechtsanwalt Dr. Landsberg erschienen waren. In einem Artikel am 19. März 1931 hatte sich der nationalsozialistische "Westdeutsche Beobachter" mit den Familienverhältnissen Grzesinskis beschäftigt.

Das Gericht beschloss die Sache zu vertagen und zur neuen Verhandlung den Senatspräsidenten Grützner sowie die erste Frau Grzesinskis als Zeugen zu laden. Auch sollen die Ehescheidungsakten hinzugezogen werden.

SPD. Köln, 20. November (Eig. Drahtb.)

In den Klößnerwerken in Troisdorf ruht seit Freitag die Arbeit, weil bis zum Donnerstag-Abend keine Einigung zwischen der Firma und den Arbeitern über den letzten Schiedsspruch zustande gekommen ist.

SPD. Emden, 20. November (Eig. Drahtb.)

Vor dem Amtsgericht Emden kam es am Freitag nachmittag bei der Ueberführung der mit dem Dampfer Johann Wessels aus Russland eingetroffenen Seeleute, die in Leningrad gestreikt hatten, zu einer kommunistischen Demonstration. Die Polizei musste mit dem Gummiknüppel einschreiten. Die Beamten feuerten auch einige Schreckschüsse ab. Verletzungen dürften nicht vorgekommen sein.

SPD. Köln, 20. November (Eig. Drahtb.)

Die Kölner Stadtverordnetenversammlung wählte heute abend mit 52 Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums gegen 21 unbeschriebene Stimmzettel der übrigen Parteien den Oberbürgermeister von Brandenburg Genossen Fressdorf zum ersten Beigeordneten und stellvertretenden Bürgermeister der Stadt Köln.

SPD. Der Preussische Minister des Innern hat unter dem 20. November einen Runderlass und zwei Polizeiverordnungen zur Sicherung von Ruhe und Ordnung herausgegeben.

Der Runderlass richtet sich gegen die Mordhetze. Er besagt: Die bisherige Handhabung der Versammlungspolizei hat es noch nicht verhindern können, dass in besorgniserregender Weise in den Versammlungen der radikalen Parteien und Organisationen zu Gewalttaten aufgefordert oder angereizt wird. Angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlich und politisch besonders gespannten Lage kann dieser Zustand unter keinen Umständen länger geduldet werden. Der Minister ersucht daher die Polizeibehörden 1) unter Anlegung strengsten Maßstabes Versammlungen, in denen wenn auch nur in verschleierte Form - zu Gewalttätigkeiten aufgefordert oder angereizt wird, sofort aufzulösen, 2) Versammlungen, bei denen, insbesondere nach der Person des Redners, die Besorgnis solcher Verstöße besteht, vorbeugend zu verbieten oder jedenfalls nur unter Ausschluss solcher Redner zuzulassen.

Auf Grund der §§ 25 und 33 des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1.6.1931 werden für das Gebiet des Freistaats Preussen die beiden folgenden Polizeiverordnungen erlassen:

Die entgeltliche oder unentgeltliche Abgabe von Waffen, die ihrer Natur nach dazu bestimmt sind, durch Hieb, Stoss oder Stich Verletzungen beizubringen (Hieb- oder Stosswaffen), an Personen unter 20 Jahren ist verboten.

§ 1 findet keine Anwendung auf 1) Personen, die kraft ihres öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses zum Führen von Hieb- oder Stosswaffen berechtigt sind, 2) Personen, die beruflich Hieb- oder Stosswaffen zu führen pflegen, 3) Personen, die zum Führen von Hieb- oder Stosswaffen behördlich ermächtigt sind, 4) Inhaber von Waffenscheinen im Sinne des § 15 des Gesetzes über Schusswaffen und Munition vom 12.4.1928, soweit nicht in Waffenschein das Führen von Hieb- oder Stosswaffen ausgeschlossen oder beschränkt ist. 5) Inhaber von Jagdscheinen eines deutschen Landes.

Für jeden Fall der Nichtbefolgung dieser Polizeiverordnung wird die Festsetzung eines Zwangsgeldes in Höhe bis zu 150 RM, im Nichtbeitreibungsfalle die Festsetzung von Zwangshaft bis zu 2 Wochen angedroht. Die Verordnung tritt mit dem Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

In der Zeit von 17 Uhr bis 7 Uhr sind Gelände- und Ordnungsübungen (Geländerspiele, Geländesport usw.) und Vorbereitungen dazu sowie alle Märsche in geschlossener Ordnung unter freiem Himmel verboten. Ausgenommen von dem Verbot des § 1 sind behördlich angeordnete Veranstaltungen und Märsche (Ausflüge) von Personen im Kindesalter. Gegen die Nichtbefolgung der Bestimmungen des § 1 wird die Festsetzung von Zwangsgeld bis zu 150 RM, im Nichtbeitreibungsfalle Zwangshaft bis zu 3 Wochen angedroht.

Die Polizeiverordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft und nach Ablauf von 6 Monaten ausser Kraft.

SPD. Paris, 20. Nov. (Eig. Drahtb.)

Die Kammer hat am Freitag vormittag mit 549 gegen 16 Stimmen einen Gesetzesentwurf angenommen, der die Erhebung eines Wertzolls von 25% auf die aus dem Ausland eingeführten Schuhwaren vorsieht. Diese Zollerhöhung soll die französische Schuhindustrie vor allem gegen die Einfuhr aus der Tschechoslowakei und Deutschland schützen.

SPD. Der Parteiausschuss der Sozialdemokratischen Partei tritt am Dienstag, den 1. Dezember vormittags zur Beratung der politischen Lage zusammen. Am Nachmittag des gleichen Tages wird auch die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine Sitzung abhalten.

SPD. Paris, 20. November (Eig. Dr.)

In der heutigen Nachmittagssitzung der Kammer, die der Fortsetzung der aussenpolitischen Debatte gewidmet war, interpellierte der sozialistische Abgeordnete Grumbach die Regierung über die Folgen, die sie aus den Verhandlungen von Paris, London, Berlin und Washington zu ziehen gedenke. Grumbach erklärte, er wende sich an den Ministerpräsidenten, der zurzeit der Hauptverantwortliche für die französische Aussenpolitik zu sein scheine. Er warf Laval vor, dass er sich dem Parlament gegenüber bisher sehr diskret über das Ergebnis der letzten internationalen Verhandlungen und Besprechungen gezeigt habe und sprach die Hoffnung aus, dass der Ministerpräsident ausführliche Angaben machen werde, damit jeder Abgeordnete eindeutig Stellung nehmen kann (Beifall links). Niemals habe die Kammer - so fuhr Grumbach fort - ein ernsteres Problem erörtert, niemals sei die nach dem Kriege entstandene Friedensbewegung mehr als heute in Gefahr gewesen. Das Grundproblem der Debatte sei die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland. Nach Ansicht der Sozialisten könne nur eine Politik effektiver Zusammenarbeit zwischen beiden Nationen den Frieden gewährleisten. Gewiss bereite Deutschland Frankreich grosse Enttäuschungen. Aber Deutschland zu Hilfe kommen heisse den Millionen Deutschen, die Opfer der Politik der deutschen Oustrics geworden sind, zu Hilfe kommen. Ein Zusammenbruch Deutschlands würde für Frankreich gefährliche Folgen haben. Die ungeheuren Fortschritte des Nationalsozialismus in Deutschland seien auf die wirtschaftliche Lage zurückzuführen. Aber die Hitlerianer seien nicht das ganze Deutschland. Wenn auch die Sozialdemokratie ein Opfer ihrer heldenmütigen Politik sei (Beifall links), so besitze sie immer noch 7 bis 8 Millionen Wähler und kämpfe verzweifelt für den Frieden gegen die äusserste Rechte und die äusserste Linke. Laval und Briand hätten recht gehabt, diesem Deutschland einen Besuch abzustatten. Es genüge jedoch nicht, dass Frankreich seinen guten Willen gegenüber Deutschland zum Ausdruck bringt. Es müsse ihm auch sagen, wie es diesen guten Willen anzuwenden gedenkt. Frankreich müsse im Bewusstsein seiner Kraft und Gesundheit eine, aus dem alltäglichen Rahmen herausfallende Anstrengung machen, um der Welt und Deutschland zu zeigen, dass es seiner Lage würdig ist. Zu dem Ministerpräsidenten gewandt stellte der Redner folgende Fragen: Hat die Regierung einen Plan, der es Frankreich erlaubt, sich unter gewissen Garantien zu verwenden? Hat sie einen Wirtschaftsplan? Welches ist der genaue Zweck der deutsch-französischen Wirtschaftskommission? Hat die Regierung die tatsächliche Verknüpfung erkannt, die zwischen den Reparationen, den interalliierten Schulden und den kurzfristigen Krediten besteht. Das Recht Frankreichs auf die Reparationszahlungen, so führte Grumbach weiter aus, müsse an erster Stelle gewährt werden. Aber man müsse eine Lösung für alle Probleme finden und die notwendigen Opfer ins Auge fassen. Der Ministerpräsident müsse auf die Formel "nichts preisgeben" verzichten und sich klar und deutlich für eine Politik der Zusammenarbeit mit Deutschland aussprechen (Beifall links). Die Fortsetzung der Debatte wurde dann auf Dienstag nachmittag vertagt.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Als aller Welt

"Der Schrecken von Czernowitz."

Das Sündenregister des Banditen Teodorowics - Als Fünfzehnjähriger in geheimer Mission - Rache am "Bauernjehesus" - Das Ende eines Räuberdaseins.

SPD. Bukarest, 18. November (Eig. Ber.)

Ganz Czernowitz atmet wie von einem Alpdruck befreit auf. Nach mehrmonatiger Jagd ist es der Polizei gelungen, den berüchtigten und gefürchteten Banditen Teodorowics zu erwischen.

Teodorowics, der nicht umsonst der "Schrecken von Czernowitz" genannt wird und zahlreiche Morde und Räubereien auf dem Gewissen hat, trieb sein Handwerk gewöhnlich im Kreise und in der Stadt Czernowitz selbst. Wurde ihm dort der Boden nach einem allzu verwegenen Raubzuge zu heiss, so verschwand er mit seiner Bande in die schluchtenreichen und dicht bewaldeten Karpathen. Nach einer gewissen Zeit erschien er dann wieder plötzlich auf der Bildfläche. Obwohl ihm ständig ein Heer von Gendarmen und Detektiven auf den Fersen war, gelang es ihm immer wieder, sich seinen Verfolgern zu entziehen.

Auf der Spionenschule!

Teodorowics wurde im Jahre 1900 als Sohn eines aus der Ukraine stammenden biederen und pflichttreuen Feuerwehrmannes in Czernowitz geboren. Mit 14 Jahren erlebte er den ersten Russeneinfall. Von Abenteuerlust getrieben, verliess der Junge heimlich das Elternhaus und schloss sich den Russen an, was ihm infolge seiner ukrainischen Abstammung leicht gelang. Beim Rückzuge nahmen die Russen den geweckten Burschen mit und schickten ihn auf eine Spionenschule. Nach kurzer, erfolgreicher Ausbildung erhielt er zunächst kleinere Aufträge zugewiesen, die er in glänzender Weise erledigte und mit denen er sich die Sporen für schwerere und gefährlichere Missionen und damit auch klingenden Lohn verdiente. Er wurde schliesslich damit betraut, die verbündeten Stellungen bei Rarancea in der Bukowina auszukundschaften und entledigte sich seiner Aufgabe zur grössten Zufriedenheit des russischen Nachrichtendienstes. Niemand vermutete in dem knapp 15jährigen Bauernknaben einen russischen Spion. Ende 1917 wurde er erwischt, als er zu nächtlicher Stunde die österreichischen Linien in Richtung der russischen Front zu passieren versuchte. Man fand bei ihm zahlreiche Skizzen von den österreichischen Stellungen sowie eine Liste anderer russischer Spione. Diese anderen Spione wurden ebenfalls gefasst und zusammen mit Teodorowics vor das Grazer Kriegsgericht gestellt, das kurzen Prozess machte. Der grösste Teil wurde zum Galgentode verurteilt und gehängt, der minderjährige Teodorowics wurde zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt.

Der Bund mit den Bessarabiern.

Im Jahre 1918 wurde Teodorowics zusammen mit anderen politischen Verbrechern amnestiert und kehrte nach Czernowitz zurück, wo er trotz der elterlichen Ermahnungen bald wieder mit kleinen Gaunereien anfangte. Der Junge war und blieb ein Taugenichts und geriet immer mehr auf die schiefe Bahn. Vor einigen Jahren schlossen sich ihm einige bessarabische Vagabunden an und wählten ihn zu ihrem Führer. Die Bande verübte Verbrechen auf Verbrechen und schreckte auch nicht vor Bluttaten zurück. Teodorowics war von ebenso grosser Verwegenheit wie brutaler Grausamkeit. Jeder Ueberfallene, der nur den geringsten Widerstand zu leisten versuchte, wurde unerbittlich ins Jenseits befördert. Wurde ein armer Teufel aufgegriffen, dessen Taschen leer waren, so entliess man ihn erst nach einer fürchterlichen Tracht Prügel und mit der Warnung, künftighin mehr zu arbeiten und Geld zu verdienen...

Auch ein Pope und zwei Lehrer, die kürzlich von Czernowitz unterwegs nach ihrem Dorfe waren, fielen der Bande der Teodorowics in die Hände. Da die Ueberfallenen insgesamt nur 680 Lei bei sich hatten, fasste die Banditen eine wilde Wut über diese "Gemeinheit". Eine Sturmflut von Flüchen und Verwünschungen ging über den "Bauernjesus" und die beiden "Steisstrommler" nieder. Sie mussten sich splinternackt ausziehen und wurden dann, an Händen und Füßen gefesselt, in den Chausseegraben geworfen, wo sie drei Stunden in kalter Herbstnacht lagen, bis sie von Passanten aus ihrer furchtbaren Lage befreit wurden.

Stoff für Zeitungen ...

Zuletzt überschritt die Vermessenheit Teodorowics jede Grenze. Am helllichten Tage speiste er in den ersten Restaurants von Czernowitz, liess sich in den vornehmsten Geschäften rasieren und frisieren und hinterliess beim Fortgehen den erbleichenden Angestellten statt einer Bezahlung lächelnd seine Visitenkarte.

Jetzt endlich lief der gefürchtete Bursche einer Polizeipatrouille in die Arme. Er zog sofort seinen Revolver, feuerte inmitten des Strassenverkehrs auf die Polizisten und wandte sich dann zur Flucht. Eine wilde Verfolgung, an der sich auch beherztere Passanten beteiligten, begann. Als Teodorowics merkte, dass ein Entkommen unmöglich sei, warf er den Revolver fort und ergab sich. Widerstandslos streckte er die Hände hin und liess sich fesseln. Den Patrouillenführer forderte er zynisch lächelnd auf, ihm zwei weitere Revolver und einige Bomben aus den Hosentaschen zu nehmen, da sie ihn wegen der gefesselten Hände beim Gehen behinderten. "Nun also", meinte er, "jetzt haben wir endlich wieder Ruhe: ich und die Polizei."

Auf das Kommissariat gebracht, legte der Bandit ein volles Geständnis ab und erklärte: "Jetzt werden die Zeitungen wenigstens etwas zu schreiben haben, denn zuletzt waren sie allzu langweilig....".

+ + + Der Prozess der Sachverständigen.

Der Calmette=Vorsitzende für Sparsamkeit - Eine Kinderärztin sagt aus.

SPD. Lübeck, 20. Nov. (Eig. Drahtber.)

Im Lübecker Calmette=Prozess erklärte der Vorsitzende zu Beginn der Freitag=Verhandlung in Beantwortung eines Antrags von R.A. Dr. Wittern, dass im gegenwärtigen Stadium des Prozesses die (finanziell sehr belastende) Anwesenheit der entlassenen Sachverständigen nicht erforderlich sei. R.A. Dr. Wittern beantragte daraufhin, einen Gerichtsbeschluss herbeizuführen, dass alle Sachverständigen im Gerichtssaal wieder erscheinen. R.A. Ihde meinte, dass er "als Lübecker Staatsbürger" für die Einstellung des Gerichts volles Verständnis habe, das Gericht aber bitte, die Zügel des Prozesses straffer in die Hand zu nehmen als bisher.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die Lübecker Kinderärztin Frau Dr. Degner vernommen. Sie bekundete, dass sie den ersten Verdacht einer BCG=Schädigung am 25. April 1930 gehabt habe und dass sie diesen Verdacht auch Professor Klotz gegenüber telefonisch geäußert hätte. Auch nachdem die Sektion des Kindes Schwarz eine BCG=Schädigung ergeben hatte, habe keiner den Umfang der Katastrophe gewusst. "Ueberall" - so führte Frau Dr. Degner aus - "wurde man gefragt: was ist mit dem "Calmette"? Um Gotteswillen! was ist das?" Nur von einer einzigen Stelle wurde geschrieben, vom Gesundheitsamt. Ich habe das nicht begriffen. Weiter hat man mir gesagt, dass es eine gewisse Zeit dauere, bis der Reichsgesundheitsrat zusammentrete. Das konnte ich nicht verstehen. Es war doch Gefahr im Verzuge, dann hätte man den Gesundheitsrat so schnell wie möglich zusammenrufen müssen". (Zurufe der Eltern: Sehr richtig! Sehr richtig!)

In der Nachmittag=Sitzung wurden dann noch einige Hebammen vernommen. Ausserdem beantragte R.A. Dr. Giessner=Berlin auf Grund der in der Donnerstag=Sitzung aufgetretenen Verdachtsmomente, dass ein Schriftsachverständiger beurteilen sollte, ob in der Originalkrankengeschichte des Kindes Neuner irgendwelche Veränderungen, sei es durch Radieren, sei es durch Ueberkleben, vorgenommen worden seien. Weiterverhandlung am Sonnabend.

+ + +
Neuer Sklarek="Kunde"! Im Berliner Sklarek=Prozess wurden am Freitag der frühere Stadtkämmerer Lange und der frühere besoldete Stadtrat Schünning als Zeugen vernommen. Lange soll sich über die von Kieburg mit den Brüdern Sklarek abgeschlossenen "Decken=Verträge" äussern. Der Zeuge behauptet, seinerzeit von diesen Verträgen nichts gewusst zu haben. Willi Sklarek und der Angeklagte Gaebel bemühen sich, ihm durch Vorhaltungen das Gegenteil nachzuweisen.

Sehr dramatisch gestaltet sich die Vernehmung Schünings, der als Mitglied des Aufsichtsrats der Berliner Kleider=Verwertungs=Gesellschaft die Brüder Sklarek kennengelernt und mit ihnen gesellschaftlich verkehrt hatte. Als es zur Erörterung der geschäftlichen Beziehungen kommt, sagt Schünning aus, dass die Sklareks seinerzeit ein minderwertiges Restlager der städtischen KVG übernommen hätten. Sonst will sich der Zeuge an geschäftliche Einzelheiten nicht erinnern. Trotz Vorhalts des Vorsitzenden drückt er sich nur ganz allgemein und ungenau aus. Auch von seiner Agitation gegen den "Lumpen" Kieburg, von den Deckenverträgen, die mit den Sklareks geschlossen wurden, und von den Briefen, die er selber an sie schrieb, will er nichts mehr wissen. Leo Sklarek: "Herr Schünning, Sie sind hier geschont worden, aber das habe ich nicht von Ihnen erwartet, dass Sie uns glattweg verleumden, und dass Sie die Unwahrheit sagen. Wenn Sie das beschwören, was Sie hier gesagt haben, dann leisten Sie einen glatten Meineid. Sie haben seinerzeit selbst gesagt: "Mein Direktor hat ein Loch von 400 000 Mark. Sie bekommen dafür einen dicken Auftrag". Sie sagten noch, man kann's ja höher rechnen, damit die Sache wieder hereingebracht werden kann. Ich weiss, warum Sie jetzt nichts gesagt haben wollen, weil Sie nämlich damals Beamter waren und weil Sie sich strafbar machen würden. Herr Vorsitzender, ich habe seinerzeit Herrn Schünning in Gegenwart von Herrn Kieburg rausgeschmissen. Die erste Belastung in Höhe von 400 000 Mark hat uns Herr Schünning auferlegt und der Deckenauftrag ist nicht zur Durchführung gekommen!" Vorsitzender: "Na, Herr Schünning, was sagen Sie dazu? Bedenken Sie, dass Sie einen Eid leisten müssen!" Schünning: "Ich kann dazu weiter nichts sagen - -". Vorsitzender: "Haben Sie also von dem Loch von 400 000 Mark gesprochen? Ich bin bereit, Ihnen eine Bedenkfrist zu geben". Schünning nach langem Schweigen: "Die Möglichkeit besteht... Ich verweigere die Aussage." Vorsitzender: "Sie können die Aussage nur verweigern, wenn Sie sich sonst einer Strafverfolgung aussetzen würden". Schünning: "Die Besprechung kann stattgefunden haben. Es ist möglich, dass ich die Aeusserung über die 400 000 Mark getan habe". Vorsitzender: "Nach Ihrer Aussage, Herr Schünning, ist die Aussage gefallen. Sie können mir danken, dass ich Sie nicht vereidigt habe - - . Was haben Sie von den Sklareks bekommen?" Schünning: "Es sind mehrere Beträge von insgesamt vielleicht 10 000 Mark. Es hat sich um Provisionen gehandelt."

Wegen Verdachts der Teilnahme an den zur Rede stehenden strafbaren Handlungen bleibt der Zeuge Schünning unvereidigt.

+ + +
Wo ist Seiffert? Bankdirektor Willi Seiffert, der unter dem Verdacht der Bilanzverschleierung, des Betruges und des Konkursverbrechens stehende Leiter der zusammengebrochenen "Berliner Bank für Hand und Grundbesitz A.G.", ist spurlos verschwunden. Am Freitag mittag wurde gegen Seiffert Haftbefehl und Steckbrief erlassen. Sämtliche Grenzstationen sind durch Polizeifunk verständigt. Man rechnet auch mit der Möglichkeit eines Selbstmordes.

4,2 Millionen unterschlagen? Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht I in Berlin hat gegen die Inhaber des Berliner Bankgeschäfts Max Marcus & Co., Max Marcus und Berthold Schreiber, das Ermittlungsverfahren eröffnet. Die Bankfirma Marcus & Co. musste vor einigen Tagen ihre Zahlungen mit Passiven in Höhe von 5 Millionen Mark einstellen. Der Konkursverwalter und die Treuhänder der Gläubiger sollen nun festgestellt haben, dass Marcus und Schreiber in grossem Ausmasse die Depots ihrer Kunden angegriffen haben. Die beiden Bankdirektoren werden beschuldigt, 4,2 Millionen Mark an Effekten, die bei ihnen deponiert waren, zum Teil verpfändet und zum Teil verspekuliert zu haben.

+ + +
Vergessene Helldorf-Berufung! Unmittelbar nach dem Helldorf-Prozess haben die vier Verteidiger des Nazi-Grafen Helldorf und seiner Mitangeklagten mitgeteilt, dass sie gegen das Urteil Berufung einlegen wollen - da sich aber einer auf den andern verliess, hat keiner die notwendigen Schritte unternommen! Jetzt ist die Berufungsfrist verstrichen. Hingegen liegt die ordnungsmässig eingereichte Berufung der Staatsanwaltschaft beim Landgericht III vor. Die Verteidiger des Grafen Helldorf und seiner Mitverurteilten haben beim preussischen Justizministerium um "Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand" gebeten und somit ihre Vergesslichkeit zugegeben. Die Entscheidung des preussischen Justizministeriums steht noch aus.

+ + +
Katzenellenbogen bleibt frei! Der aus dem Amt entlassene Schultheiss-Generaldirektor Katzenellenbogen wird nicht wieder inhaftiert. Die Zweite Strafkammer des Landgerichts I in Berlin hält die geleistete Kautions von 100 000 Mark für genügend. Die Beschwerde der Staatsanwaltschaft wurde zurückgewiesen.

+ + +
100 000 Mark gewonnen! In der Freitag-Ziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie wurde auf Los Nr. 731 der Gewinn von 100 000 Mark gezogen. Das Los wird in der ersten Abteilung in Vierteln in Berlin und in der zweiten Abteilung in Achtern in Bremen gespielt.

+ + +
Nazipolitik im Theater. Gegen den Berliner nationalsozialistischen Gausführer Dr. Goebbels und gegen den Intendanten Lange des Berliner Nazi-Theaters ist ein Strafverfahren wegen Verstosses gegen die Notverordnung über die Anmeldung politischer Kundgebungen eingeleitet worden. Goebbels und Lange haben im "Deutschen National-Theater" politische Hetzreden halten lassen. Die Aufführungen des Deutschen National-Theaters finden im Theater am Schiffbauerdamm statt. Gespielt wird dort das primitive Propagandastück Kysers "Es brennt an der Grenze". Unter den Besuchern waren bisher "Kaiserin" Hermine und andere Freigäste.

+ + +
Ausgebrannter Luxusdampfer. Der englische Luxus-Motordampfer "Bermuda", der erst vor vier Jahren mit einem Kostenaufwand von 1 Million Pfund erbaut worden ist, brannte auf der Werft von Belfast (Irland) vollständig aus. Das Schiff wurde vor allen Dingen für Vergnügungsreisen zwischen New York und den Bermuda-Inseln verwandt.

+ + +
Lehrerin als Giftmörderin? Beim Landgericht Guben wurde die Voruntersuchung gegen die unter Mordverdacht stehende Ehefrau des Lehrers Ziehm aus Fürstenberg a./O. beantragt. Frau Ziehm, gegen die Haftbefehl erlassen wurde, wird beschuldigt, ihr Stiefkind, den 8-jährigen Sohn Hans Georg, vergiftet zu haben.



Gefährliche Ratschläge.

SPD. Das Büro für Sozialpolitik hat dieser Tage eine Aussprache über die von der Regierung geforderte "elastischere" Gestaltung der Tarifverträge veranstaltet. Unmittelbare Veranlassung dazu waren die Vorschläge zur "Auflockerung der Tarife", die vor kurzem Dr. Hoeniger, Professor des Arbeitsrechts in Freiburg, in der "Sozialen Praxis" veröffentlicht hat. Diese Aussprache brachte, wie aus der Mitteilung der "Sozialen Praxis" hervorgeht, keine Zustimmung zu den Ratschlägen Hoenigers.

Was schlägt Hoeniger vor? Antwort: Einfügung einer Kündigungsklausel zweck schnellerer Anpassung des Tarifvertrags an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse, Ausnahmebehandlung einzelner volkswirtschaftlich oder national wichtiger Betriebe durch Befreiung von der Pflicht zur Zahlung des Tariflohns, wenn die Aufrechterhaltung der Unternehmung sonst gefährdet ist, Bewilligung der Ausnahme unter der Voraussetzung einer Erweiterung des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer oder einer Beschäftigungsgarantie seitens des Betriebs und schliesslich bessere Sicherung der Innehaltung der Zahlung der Tariflöhne durch eine Kontrolle der Betriebe mit Hilfe der Organe der Arbeitslosenversicherung.

Den Arbeitgebern genügen diese Vorschläge nicht. Sie wollen Beseitigung der Verbindlichkeitserklärung, weil sie sich stark genug fühlen, um bei einem tariflosen Zustand ihre Forderungen durchzudrücken. Die Gewerkschaften müssen Hoenigers Vorschläge ablehnen, weil bei ihrer Durchführung die Arbeiter die geprellten wären.

Die Bedenken und Zweifel, die auf Arbeitnehmerseite in der Aussprache des Büros für Sozialpolitik gegen Hoenigers Elastizitätsfaktor vorgetragen wurden, besagen im Kern folgendes: eine Sicherheit für die Innehaltung der den Arbeitnehmern zu gewährenden Kompensationen bei der Durchführung der Vorschläge könne kaum gewährleistet werden. Kündigungsklausel und erhöhtes Mitbestimmungsrecht müssten, wenn sie überhaupt eingeführt würden, mindestens für die Dauer bestehen; die Kündigungsklausel, damit sie auch bei den Forderungen nach Bessergestaltung der tariflichen Arbeitsbedingungen angewandt werden könne, und das Mitbestimmungsrecht, weil nicht die Einsicht in die zurückliegende, sondern in die zukünftige Geschäftsführung des Betriebs die Hauptsache für die Arbeitnehmer sei. Ob die Beschäftigungsgarantie eingehalten oder sinngemäss angewandt werden könne, sei zweifelhaft. Betriebe, die zur Zahlung des tariflichen Lohns nicht imstande seien, könnten auch für die Durchführung der Beschäftigungsgarantie keine Gewähr übernehmen. Ebenso sei zu bezweifeln, dass die notwendigen Unterlagen von den Betriebsleitungen zur Verfügung gestellt werden, und von einer nachträglichen Kontrolle darüber, ob die Tariflöhne tatsächlich gezahlt werden, könne man sich keinen Erfolg versprechen.

Hoenigers Vorschlag ist aber nicht nur in seiner praktischen Durchführbarkeit bedenklich - das Schlimme ist, dass ein Mann wie Hoeniger, ein Professor des Arbeitsrechts, der eigentlich für den Schutz des Tarifvertrags eintritt und seinen Sinn und Zweck herausstellen müsste, sich dazu hergibt, den "Einbau eines Elastizitätsfaktors" in den Tarifvertrag zu rechtfertigen und zu begründen. Seine Beteuerung, dass er das alles ja schliesslich nur tue im Interesse der Aufrechterhaltung der Unabdingbarkeit des Tarifvertrages, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass er tatsächlich Minierarbeit gegen den Tarif-

vertrag treibt. Kein Wunder also, wenn in der neuen Nummer der "Gewerkschaftszeitung" der Arbeitsrechtler des ADGB Clemens Nörpel mit Hoeniger scharf abrechnet.

"Warum wird von Hoeniger - fragt Nörpel - nicht auf die gewaltigen Opfer verwiesen, die schon gebracht sind: Abbau der übertariflichen Löhne, Abbau der Tariflöhne, Ausnutzung der tariflichen Fristen durch die Arbeitgeber, Ausnutzung der Bestimmungen in Tarifverträgen über geringere Bezahlung minderleistungsfähiger Arbeiter, Entlassung von Arbeitern, weil der Betrieb wirtschaftlich nicht in der Lage wäre, die Tariflöhne zu bezahlen, Entlassung von Arbeitern, die ihre Gewerkschaftszugehörigkeit offenbaren? Ist das nicht schon genug Anpassung an die Wirtschaftskrise? Und ist nicht gerade dadurch die Wirtschaftsnot immer grösser geworden? Hat Hoeniger kein Verständnis dafür, dass seine doch hierauf hinauslaufende Verallgemeinerung der clausula rebus sic stantibus (des Wegfalls der Geschäftsgrundlage) als Grund zum Rücktritt von Verträgen die Beseitigung des Sinnes jedes Vertrages bedeutet? Ist es nicht der alleinige Sinn jedes Vertrages, die Vorteile und Nachteile für die Vertragspartner während der Vertragszeit auszugleichen? Jeder Vorschlag von Hoeniger bedeutet selbst bei Anwendung aller von ihm vorgeschlagenen Sicherungen zwangsläufig eine geradezu unerträgliche Rechtsunsicherheit, während durch Verträge doch gerade Rechtssicherheit geschaffen werden soll."

Nörpel skizziert knapp und treffend die Situation im Kampf um das Tarifrecht. Er sagt: mit allen nur ausdenkbaren Mitteln sollen die Löhne abgebaut werden. Nicht einmal mehr laufende Arbeitsverträge und laufende Tarifverträge sollen geachtet werden. Die Reichsregierung will es so. Die Frage ist, ob sie auf dem richtigen Wege ist. Wer meint, dass sie auf dem falschen Wege ist, muss sachlich seine Auffassung vertreten, und dabei ist es vor allem Aufgabe der Rechtswissenschaft, auf die ungeheuren Gefahren hinzuweisen, die eine weitgehende Untergrabung wichtigster Rechtsgrundsätze mit sich bringen muss.

Der Eingriff in laufende Tarifverträge hat schon einmal eine grosse Rolle gespielt. Nörpel erinnert an den Arbeitskampf der Metallindustrie Nordwest 1928. Damals hat das Reichsarbeitsgericht diesen Eingriff für unzulässig erklärt, und der stellvertretende Geschäftsführer der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Erdmann, schrieb damals im "Arbeitgeber" warnend über die Absicht in laufende Tarifverträge einzugreifen:

"Sie bedeutet rechtspolitisch Durchbrechung der das gesamte Vertragsrecht beherrschenden Grundsätze über Vertragstreue und Vertragssicherheit, verkörpert infolgedessen eine Rechtsanschauung, die wirtschaftlich und für die Fundamente jeder Rechtssicherheit von den weitest reichenden Folgen sein würde.

Die Gewerkschaften haben sich damals dieser Auffassung eines führenden Arbeitgebervertreters rückhaltlos angeschlossen, obwohl für sie die Vertretung der anderen Ansicht für den Augenblick von Vorteil gewesen wäre; denn es handelte sich um eine im Schiedsspruch vorgesehene Lohnerhöhung, die wegen Eingriffs in den laufenden Tarifvertrag für rechtsunwirksam erklärt wurde. Dadurch haben die Gewerkschaften auch für die gegenwärtige Zeit die Aktivlegitimation bekommen, denselben Grundsatz nach wie vor weiter zu vertreten.

SPD. Der Harzburger Front wird bei ihrem Angriff gegen die Krankenkassen der Atem knapp. Nachdem sie sich lange Zeit vergeblich abgemüht hat, die deutsche Krankenversicherung in einen einzigen Korruptionsherd umzulügen, versucht sie es jetzt mit der österreichischen. "Der Tag" und neuerdings "Die Berliner Warte" bringen in sensationeller Aufmachung Behauptungen über den Bau eines "palastartigen Hochhauses" durch die Krankenkasse der Kellnergenossenschaft in Wien und in Verbindung damit von riesiger Korruption in der Kasse, die durch einen für die Kasse tätigen Zahnarzt aufgedeckt sei.

Das "palastartige" Hochhaus, das angeblich von der Wiener Kellnerkran-

kenkasse errichtet ist, existiert in der Tat. Nur gehört es nicht der Kasse, sondern der gastgewerblichen Arbeiterschaft, die auch den Bau aus wöchentlichen Beiträgen ihrer Mitglieder in Höhe von 50 Groschen errichtet hat. Die gastgewerbliche Arbeiterschaft hängt fest an ihrem stolzen Werke, das sie aus eigenen Mitteln geschaffen hat.

Die angebliche Korruption in der Kasse ist zuersr von einem Wiener Revolverblatt behauptet worden. Das Blatt hat seine Behauptungen de- und wehmützig zurücknehmen müssen und ist auch behördlich beschlagnahmt worden. Der verantwortliche Redakteur wird sich wegen seiner Verleumdungen demnächst vor dem Presserichter zu verantworten haben.

Das Interessanteste ist aber der Wiener Zahnarzt, der den "geradezu beispiellosen Skandal aufgedeckt" hat. Dieser Herr hat die Kasse lange Zeit betrogen und ist deswegen von ihr entlassen worden. Strafanzeige gegen ihn ist erstattet. Um die Oeffentlichkeit von seinem Skandal abzulenken, hat der Herr sich nicht gescheut, in Ehren ergraute Kassenfunktionäre zu verleumden.

SPD. Der Streik der Textilarbeiter bei der Firma Jannink in Enschede (Holland) wird durch deutsche Streikbrecher aus dem westfälischen Industriegebiet bedroht. Die niederländischen Gewerkschaften warnen daher dringend vor Zuzug nach Enschede.

Am Freitag hat die Direktion auch zahlreiche holländische, an dem Streik nicht beteiligte, Arbeiter ausgesperrt. Allem Anschein nach will sie die gesamte, 1500 Mann betragende, Belegschaft durch deutsche Arbeitswillige ersetzen.

Der Abwehrstreik gegen den Lohnabbau bei der Firma Jannink hat für die ganze Textilindustrie in Twente grosse Bedeutung. Ein Verlust des Streiks würde Zehntausende holländische Textilarbeiter schwer treffen.

SPD. Die Verhandlungen zwecks Neuabschluss eines Lohnvertrages für die Schuhindustrie finden am kommenden Dienstag in Frankfurt am Main statt.

Die von uns bereits gemeldeten unerhörten Abbauforderungen der Arbeitgeber - sie verlangen nicht weniger als eine Lohnkürzung um rund 17% - haben unter der Arbeiterschaft viel böses Blut gemacht. Die Schuharbeiter werden sich gegen den Lohnabbau mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehr setzen. Die Gewerkschaften verlangen in ihren Gegenvorschlägen im wesentlichen: Einführung der 40 Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich, Einstellungszwang von Arbeitslosen im gleichen Ausmass der Verkürzung der Arbeitszeit, Verbot der Ueberstunden und einige Verbesserungen für die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bandarbeiter.

SPD. In der oberschlesischen Montanindustrie wurde am Freitag in Gleiwitz zwischen dem Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften eine Neuregelung der Angestelltegehälter vereinbart. Danach werden die Gehälter der Jugendlichen ab Neujahr um 5 und die der übrigen Angestellten um 4% gekürzt. Die Bezüge der Lehrlinge bleiben unverändert.

Die Arbeiterlöhne wurden schon vor einigen Wochen erheblich gekürzt.

Wirtschaft Technik Handel

Organisierte Verbraucherwirtschaft.

Sie bewährt sich in Krisenstunden.

SPD. Die Wirtschaft der Konsumgenossenschaftsbewegung wird natürlich von den sozialen Krisenfolgen aufs allerstärkste berührt. Trotzdem steht das Wirtschaftsgebäude der organisierten Bedarfsdeckung unerschüttert da, erweist es sich wesentlich krisenfester als die Riesenkonzerne privater Kapitalmächte, weil es in seinen Grundfesten aufs solideste und stabilste erbaut ist.

Machen wir uns einmal klar, aus welchen Ursachen heraus grosse Gebiete der Privatwirtschaft in der Krise zerrüttet werden. Fehlproduktion infolge Verkennung der Absatzmöglichkeiten auf dem Markt, Fehlspekulationen, Fehlinvestitionen grossen Umfangs sind in der kapitalistischen Profitwirtschaft unvermeidlich und führen zwangsläufig zu grossen Verlusten, Wertzerstörungen und Erschütterungen, die in Krisenrückschlägen massenhaften Umfang annehmen. Die Konsumvereinswirtschaft geht vom Bedarf der organisierten Verbrauchermassen aus, richtet Wareneinkauf und Lagerhaltung lediglich nach den Bedürfnissen ihrer Mitgliedschaft ein, spekulative Wareneindeckung mit ihren Verlustgefahren schaltet von vornherein aus. Auch die Produktionsbetriebe sind Schwankungen des Marktes in viel geringerem Masse unterworfen als ihre kapitalistischen Konkurrenten, denn sie dienen der Deckung des Eigenbedarfs der Konsumvereinsbewegung. Ihr Absatz ist durch den Bedarf der 3 Millionen organisierten Verbraucherfamilien in hohen Mass gesichert. Die deutschen Konsumvereine haben die Eigenproduktion in den Nachkriegsjahren sehr stark ausgedehnt. Die eigene Güterherstellung der Zentralverbandskonsumvereine erreichte 1930 einen Umsatzwert von 342 Millionen, der GEG-Betriebe von 138 Millionen, zusammen also nahezu $\frac{1}{2}$ Milliarde Mark, so dass bereits zu 40 % die Güterversorgung aus eigener Kraft erfolgt. Vielleicht hat man hier und da etwas übereilt dem Ziele der Verbraucherversorgung durch Eigenproduktion zugestrebte in dem verständlichen Wunsch, die Verbrauchermassen von der Abhängigkeit von kapitalistischen Lieferanten zu befreien und die Warenversorgung weiter zu verbilligen und zu verbessern. Aber von einer Ueberdimensionierung der genossenschaftlichen Produktionsbetriebe, einer Nichtausnutzung der Produktionsanlagen, einer Fehlleitung der investierten Kapitalien, wie sie in weiten Gebieten der privaten Industriewirtschaft und des Handels festzustellen ist, kann gar nicht oder nur in ganz vereinzelt Fällen die Rede sein. Die Erweiterung der Produktionsbetriebe ist nicht dem Bedarf vorausgeeilt, sondern hat sich der Bedarfsentwicklung angepasst.

Natürlich gibt es heute auch einige lokale und zentrale Betriebe, die infolge der Konsumeinschrumpfung weniger gut beschäftigt sind. Im grossen Ganzen ist aber der Produktionsapparat der konsumgenossenschaftlichen Bedarfsdeckung gut ausgenutzt. Es ist sogar noch immer ein weiter Spielraum für eine Erweiterung der Eigenproduktion gegeben, an deren Ausfüllung man freilich nach der vorangegangenen starken Expansion erst nach Ueberwindung der Krise wird denken können. Es kommt ferner hinzu, dass das Absatzfeld für die bestehende genossenschaftliche Eigenproduktion innerhalb der Mitgliedschaft noch lange nicht voll ausgeschöpft ist.

Neben den Fehleinschätzungen des Absatzes und den Fehlspekulationen waren an der Erschütterung in der privaten Wirtschaft vielfach unsolide Finanzierungs-

grundlagen schuld. Es ist in grossem Umfang Übung geworden, mit kurzfristigen Bankkrediten, also nur mit kurzfristig hergegebenen fremden Mitteln, langfristige Investitionen zu betreiben. Durch diese unsolide Finanzierungsmethode haben viele Unternehmungen Schiffbruch erlitten. Die grossen Schöpfungen der Konsumvereine sind dagegen in der Nachkriegszeit im wesentlichen mit der eigenen wachsenden Geldkraft der Verbraucherwirtschaft finanziert worden. Die Inanspruchnahme von Bankkredit, die in den ersten beiden Wiederaufbaujahren noch eine gewisse untergeordnete Rolle spielte, ist fast vollkommen abgebaut worden. Einem Gesamtvermögen von 703 Millionen Mark, über das die Zentralverbandskonsumgenossenschaften Ende 1930 verfügten, standen nur 1¼ Millionen Bankschulden gegenüber. Auch die Inanspruchnahme von langfristigem Fremdkapital hielt sich in sehr engen Grenzen. Einem Grundbesitzwert von 270 Millionen Mark Ende 1930 standen nur 50 Millionen Hypothekenschulden gegenüber.

Der gewaltige Ausbau der Konsumvereinswirtschaft aus eigener Kraft war aber nur möglich durch das unbegrenzte Vertrauen und die Hingabe der Verbraucher zu diesem ihrem eigenen grossen Selbsthilfewerk. Dieses Vertrauen fand seinen Ausdruck in dem starken Zufluss von Spareinlagen der Arbeiter und Angestellten, die Ende 1930 dem Nominalwert nach das Sechseinhalbfache, dem Realwert nach etwa das Vierfache des Vorkriegsbestandes erreichten. Das Vertrauen, das in dieser Entwicklung der Spareinlagen zum Ausdruck kam, haben sich die Konsumvereine erobert durch die vernünftige von Gemeingeist getragene Handhabung der Geschäfte gegenüber den Mitgliedern auch in den schwersten Zeiten und die dauernd wachsende Leistungsfähigkeit in der Periode des Wiederaufstiegs nach der Stabilisierung.

Es erweist sich ferner heute als ein grosser Gewinn, dass die Konsumvereine an dem Prinzip der weitgehenden Barregulierung ihrer Einkäufe und dem Nurbarverkauf an Mitglieder festgehalten haben. Sie sind auf diese Weise nicht mit übermässigen Lieferantenschulden belastet, haben von vornherein auf rationelle Lagerhaltung Wert gelegt und brauchen nicht uneinbringliche Aussenstände abzubuchen.

Das Wachstum der Bedarfsdeckungswirtschaft vollzieht sich organisch, greift niemals auf fremde Gebiete über und ist daher Rückschlägen wie sie die unorganische und spekulative Expansion der privaten Konzerne oft mit sich bringt, nicht ausgesetzt. In diesem Zusammenhang seien zwei interessante Feststellungen des Enquête-Ausschusses wiedergegeben: "Der Anteil des leitenden Personals hat sich in den Konsumvereinen trotz gesteigerten Umsatzes nicht nennenswert erhöht im Gegensatz zu der Entwicklung in der Privatwirtschaft" "Die Verteilungskosten mit wachsender Betriebsgrösse in den Konsumvereinen fallen, während sie im privaten Einzelhandel - Warenhäusern, Filialgeschäften - die gegenteilige Tendenz haben".

Das Entscheidende aber ist das Verantwortungsbewusstsein und der Idealismus der Menschen, die der Konsumgenossenschaftsbewegung dienen und ergeben sind. Inmitten eines Sumpfes kapitalistischer Misswirtschaft von Korruption, Affären, Verfehlungen, Bereicherungen, die tagtäglich die Spalten der Zeitungen füllen, steht makellos und unberührt, durch ein ausgebautes System von Publizität und Revision gesichert, die Verbraucherwirtschaft da. Und das ist das stärkste Fundament, auf dem es erst gelingen konnte, aus den Anfängen des kleinen Kellerladens der Pioniere von Rochedale die grosse Organisation der Konsumgenossenschaften als die unerschütterliche "wirtschaftliche Grossmacht der Vermögenslosen" zu entwickeln.

SPD. Bei der Hannoverschen Waggonfabrik (Hawa) sind grössere Unregelmässigkeiten in der Geschäftsführung festgestellt worden. Die Unregelmässigkeiten liegen Jahre zurück und werden erst durch eine Prüfung im einzelnen festgestellt. Im Anschluss an die Aufdeckung ist der bisherige Generaldirektor fristlos entlassen worden.

Moratorium beunruhigt.

(Berliner Getreidebörse vom 20. November)

SPD. Obwohl das Angebot an promptem Brotgetreide an der Berliner Produktenbörse weiter sehr gering blieb, zeigte sich am Freitag dennoch keinerlei Kauflust. Die Unsicherheit über die neuen Bestimmungen hinsichtlich eines Moratoriums im Rahmen der Osthilfe beunruhigte die Börse weiter, sodass sich alle Käuferschichten zurückhielten. Bei den wenigen Geschäften, die zustandekamen, wurden unveränderte Kurse erzielt. Am Markte der Zeitgeschäfte lagen bei der Eröffnung die Notierungen zum Teil unverändert, zum Teil etwas fester, um sich im Verlaufe der Börse stark abzuschwächen. So ergaben sich hier zum Schluss kleinere Preisrückgänge gegenüber dem Vortage. Das Mehlgeschäft blieb vollkommen bedeutungslos. Es zeigte sich keinerlei Kauflust für Roggen- und Weizenmehl. Die teilweise erhöhten Forderungen der Mühlen waren nicht durchzusetzen. Auch der Hafermarkt verkehrte in lustloser Haltung. Angebot lag zwar weiter vor, jedoch hielt sich auch hier der Bedarf sehr zurück.

	<u>19. November</u>	<u>20. November</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	225 - 228	225 - 228
Roggen	199 - 201	199 - 201
Braugerste	166 - 175	166 - 175
Futter- und Industrierogerste	162 - 165	163 - 166
Hafer	147 - 152	147 - 152
Weizenmehl	28,50-32,50	28,50-32,50
Roggenmehl	27,15-29,50	27,15-29,50
Weizenkleie	10,50-11,00	10,50-11,00
Roggenkleie	10,50-11,00	10,50-11,00
<u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:</u> Weizen Dezember 241-240 (Vortag 241), März 250-249 (250). Roggen Dezember 210 $\frac{1}{2}$ -209 $\frac{1}{2}$ (210), März 216 $\frac{1}{2}$ -215 (217). Hafer Dezember 163 $\frac{1}{2}$ -160 (163 $\frac{1}{2}$), März 173-169 $\frac{1}{2}$ (173).		

Berliner Viehmarkt.

(20. November 1931)

SPD. Gutes Geschäft gab es auf dem Rindermarkt, wo durchweg Preiserhöhungen durchgesetzt werden konnten. Der Handel mit Schweinen ergab nachgebende Preise; jedoch hielten sich die Abflachungen in Grenzen. Das Angebot genügte. Genügend beschickt war auch der Hammelmarkt, wo sich Preisabflachungen in ähnlichem Ausmass wie auf dem Schweinemarkt durchsetzten. Auf dem Kälbermarkt waren prima Tiere verlangt. Im übrigen ergaben sich auch hier Preisabschwächungen.

Notierungen: Schweine: a. über 300 Pfund - (-), b. 240 bis 300 Pfund 45 (45-46), c. 200 bis 240 Pfund 42-44 (43-45), d. 160 bis 200 Pfund 38-42 (39-43), e. 120 bis 160 Pfund 35-38 (35-38), Sauen 37-39 (38-39). Schafe: a. 37-39 (38-40), b. 33-36 (34-37), c. 28-32 (29-32), d. 18 - 23 (18-23). Kälber: b. 54-64 (55-65), c. 34-52 (35-55), d. 20-30 (20-30). Kühe: a. 26-30 (25-27), b. 21-25 (20-24), c. 16-20 (16-19), d. 12-15 (10-15).

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S + P + D

Berlin, den 20. November 1931.

Rückkehr aus Russland.^x

Von Weare Holbrook (New York).

SPD. Dank meinen Freunden und Bekannten, die Russland bereist haben, bin ich über die Verhältnisse im Sowjetstaate stets aufs beste unterrichtet. Die Milfreds kamen als erste zurück. Schon vor ihrer Ankunft tappte ich, was Russland anlangt, durchaus nicht im Dunkeln. Fast jede illustrierte Zeitschrift, die ich in die Hand nehme, enthält ein Porträt Stalins oder eine Photographie seiner Schwiegermutter oder eine seiner Tanten. Auf diese Weise kenne ich die Familie Stalin sehr gut. Aber die Milfreds brachten uns Nachrichten aus erster Hand. Sie hatten Puschkow gesehen! Frau Milfred sprach den Namen mit ehrfürchtig bebender Stimme aus und, obwohl meine Frau und ich nie zuvor diesen Namen gehört hatten, staunten wir bewundernd. "Es ist nicht allgemein bekannt", vertraute uns Frau Milfred an, "dass Puschkow der Mann ist, der hinter Littwisky steht, und Littwisky ist der Mann, der hinter Stalin steht. Wir sassen also im Restaurant und warteten auf den Inspektor, der die Kalorien kontrollieren sollte, als mir plötzlich der Kellner ins Ohr flüsterte: "Geben Sie acht! Hier kommt Puschkow!" Jedermann erhob sich, als Puschkow, gefolgt von acht Sekretärinnen, eintrat. Sie setzten sich an einen grossen Tisch, und alle bestellten Nudelsuppe, weil Puschkow Nudelsuppe sehr gern isst. Er verhielt sich bescheiden und leise - mit Ausnahme der Zeit, während deren er seine Nudelsuppe ass. Es war ein erhebendes Beispiel für den kommunistischen Grundsatz der Gleichheit aller. Hier sass einer der einflussreichsten Männer Russlands und ass dieselbe einfache Speise, wie wir sie bekommen hätten - wenn noch welche dagewesen wäre."

Dr. Pennyfeather, der ein paar Tage später als die Milfreds zurückkehrte, war ebenso begeistert. "Was ich am neuen Russland besonders schätze", sagte er, "ist der unbeugsame Individualismus seiner Bevölkerung. Sie haben alle sozialen Rangstufen abgeschafft und kennen keine Heuchelei. Wenn sie für jemanden Interesse haben, dann starren sie ihn ganz offen an, ohne von der Seite her heimliche Blicke auf ihn zu werfen, wie es bei uns üblich ist. Wenn ihnen jemand missfällt, so zögern sie nicht, es ihm zu sagen. Als ich zum Beispiel einmal in der kleinen Stadt Plinsk spazierenging, gab ich zu den heftigsten Kundgebungen des Abscheus Anlass, weil ich Lackschuhe trug. Die Romanows sollen nämlich Lackschuhe getragen haben, und der Anblick glänzender Schuhe ist den Plinskern noch immer ein Dorn im Auge. Und als ich mich einmal in Nowgorod mit Kragen und Krawatte zeigte, rief man mir von allen Seiten "Burschui!" zu. Kurz und gut - es war ein unvergesslicher Sommer. Ich wollte, ich könnte ihn ein zweites Mal erleben."

Unter den letzten Heimkehrern aus Russland befanden sich Herr und Frau Oddleigh. Sie sind überzeugt davon, dass nur der Kommunismus das Heil bringt. "Denken Sie nur", sagte Frau Oddleigh, "denken Sie nur! Die ganze Zeit über wurden wir von keinem einzigen Bettler angesprochen."

"Sie wussten, dass wir Amerikaner sind", erklärte Herr Oddleigh.

"Und jeder schien zufrieden und glücklich zu sein", fuhr Frau Oddleigh fort. "Überall trafen wir Leute mit lachenden Gesichtern. Manche lachten laut auf, wenn sie uns sahen."

"Sie wussten, dass wir Amerikaner sind", wiederholte ihr Gatte.

"Zum Frühstück bekamen wir Schwarzbrot und Romanow-Eier. Das sind nämlich ganz einfach hartgekochte Eier, die noch aus der Zarenzeit übriggeblieben sind. Zum Mittagessen hatten wir Schwarzbrot und Suppe, zum Abendessen Schwarzbrot und Fisch. Nach allen Mahlzeiten gab es Tee. Der Volkskommissär für Abfallprodukte Ospidjoff hat ein neues Verfahren entdeckt, wie man Tee aus Maiskolben zubereitet. Es ist sehr einfach. Man gibt einige Maiskolben in einen Topf Wasser und lässt sie sechs Stunden lang kochen. Dann giesst man das Wasser ab und nennt es Tee. Man nimmt an, dass diese Entdeckung geeignet ist, den Fünfjahresplan um mindest fünf Minuten zu verkürzen."

Ich kann mich der Zeit erinnern, da Auslandsreisen noch als eine Art Vergnügen, als körperliche und geistige Erholung angesehen wurden. Wenn man heimkehrte, wurde man gefragt: "Nun, wie war's in Paris?", und man antwortete: "Paris? Oh, Junge...". Man zwinkerte bedeutungsvoll mit den Augen, und dabei hatte es sein Bewenden. Aber heute ist das Reisen kein blosses Vergnügen mehr. Die Reisenden wissen, dass sie "die Verhältnisse studieren" müssen, weil die Zurückgebliebenen mit Recht von ihnen erwarten, dass sie über das Gesehene autoritative Auskunft geben. Und nur zu oft ereignet es sich, dass die Zuhausegebliebenen über das Ausland besser Bescheid wissen als sie, die Weltreisenden. Dieser Umstand ist vielleicht auch die Erklärung dafür, dass das Land der Sowjets heute das Paradies der Reiseschriftsteller darstellt. Es ist so weit entlegen und so ungeheuer gross, dass sie mit dem angenehmen Bewusstsein in die Heimat zurückkehren können, dass ihre Erzählungen unangezweifelt aufgenommen werden. Denn was immer man über Russland erzählen mag, stets wird es Leute geben, die es auch glauben.

(Einzig autorisierte Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Leo Korten.)

Grenzen des Lebens.*

SPD. Der griechische Schriftsteller Lucian, geboren um 125 nach Christus, hat einmal als ein geistvoller Jules Verne des Altertums in äusserst phantasievoller Art eine Reise zum Monde geschildert. Dabei beschrieb er auch ausführlich die Lebewesen auf unserm Trabanten. Die unheimlichsten Fabelwesen von geradezu unfasslicher Grösse liess er in seiner Erzählung aufmarschieren. Diese Fehler, andre Weltkörper mit den märchenhaftesten Lebensformen zu bevölkern, ist von phantasievollen Schriftstellern bis in unsre Zeit hinein gemacht worden. Wir dürfen jedoch auf Grund der modernen biologischen und physiologischen Forschungen mit aller Bestimmtheit annehmen, dass auch das Leben an Gesetze gebunden ist, die im ganzen Weltall gültig sind. Wenn also nach dem Leben auf andere Weltkörpern gefragt wird, dann ist es zunächst einmal notwendig, die Bedingungen zu untersuchen, die für das Vorhandensein von Lebewesen auf der Erde erforderlich sind.

Nahezu überall ist auf unserm Planeten Leben vorhanden, an den Polen wie am Aequator, in der Luft, auf dem Erdboden, im Wasser. Selbst auf dem Grunde des Meeres, wohin nie ein Sonnenstrahl kommt, unter einem Druck von Hunderten von Atmosphären, hat es siegreich Fuss gefasst. Ist das Gedeihen des Lebens etwa unbegrenzt? Nein; es wäre ein Irrtum, wollte man aus der grossartigen Anpassungsfähigkeit alles Lebendigen diesen Schluss ziehen. Wenn auch der Entfaltung des Lebens von der Natur ein grosser Spielraum gewährt ist, so sind ihr doch gewisse Grenzen gezogen, die nicht überschritten werden können. Besonders sind es bestimmte Temperaturen, die der Ausbreitung des Lebens bis ins Unendliche Einhalt gebieten. Der wichtigste Bestandteil im Körper aller Lebewesen ist das Eiweiss. Bei ungefähr 75 Grad Hitze gerinnen salzhaltige Eiweisslösungen und werden zur Unterhaltung von Lebensfunktionen unfähig. Schon bei einer Temperatur von 40 bis 45 Grad werden Tier- und Pflanzenzellen abgetötet. Das ist aber

noch keine absolute Lebensgrenze. Es gibt viele niedrigere Organismen, die weit höhere Temperaturen ertragen können, ohne dass ihr Leben und Gedeihen beeinträchtigt wird. Verschiedene Bakterienarten scheinen sich überhaupt erst bei sehr hohen Temperaturen richtig "behaglich" und lebenskräftig zu fühlen. Lebende Algen hat man auch noch in dem ungefähr 90 Grad Celsius heissen Wasser der Geiser des Yellowstone-Parks in Nordamerika gefunden. Man hat vorläufig noch keine ausreichende Erklärung für die Tatsache, dass die Organismen, je niedriger sie sind, eine desto grössere Widerstandsfähigkeit besitzen. Es wird vermutet, dass diese Wesen die hohen Temperaturen deshalb vertragen, weil ihr Eiweiss einen geringeren Wassergehalt hat als das der anderen Organismen, denn praktische Versuche haben gezeigt, dass Eiweiss in wasserfreiem Zustande bis zu 100 Grad Celsius und mehr erhitzt werden kann, ohne dass es gerinnt. Auch sorgfältig ausgetrocknete Pflanzensamen wurden verschiedentlich einer Hitze bis zu 100 Grad ausgesetzt, ohne dass dadurch ihre Keimkraft verloren ging.

Aber auch tiefe Temperaturen können verschiedene Lebewesen in unglaublichem Masse ertragen. Die Vögel und Säugetiere sind durch ihre Warmblütigkeit gegen die Winterkälte geschützt, sodass diese nicht in den Körper eindringen kann. Die kaltblütigen Tiere und die Pflanzen sind jedoch abhängiger vom Klima, da sie ungefähr die Temperatur ihrer Umgebung annehmen. Ihr Schutz besteht nun in einer grossen Widerstandskraft gegen selbst ausserordentlich starke Kälte. Fische und andre Kaltblütler vertragen sogar ein vorübergehendes Einfrieren. Die tiefsten Temperaturen, unter denen bei Kälteversuchen das Leben noch erhalten blieb, sind nach Lundmark: für Fische -15 Grad Celsius, Frösche -28 Grad Celsius, Tausendfüsser -50 Grad Celsius, Schnecken -120 Grad Celsius, Bakterien -200 Grad Celsius. Diese Grenzen gelten aber nur für Leben im Ruhezustand, im Halbschlaf. Die Grenzen für tätiges Leben sind viel enger. Temperaturen von 0 bis 90 Grad sind ungefähr diejenigen, die für eine Entwicklung der verschiedenen Lebensformen dienlich sind. Aber noch etwas anderes ist für das Gedeihen des Lebens unbedingt notwendig: das Licht. Bakterien können ja unter Umständen ohne Licht, einige Arten sogar, wie wir durch neuere Forschungen wissen, auch ohne Sauerstoff auskommen. Für die Pflanzenwelt jedoch ist das Licht unentbehrlich. Die Pflanze benützt die Kohlensäure der Luft, um den Kohlenstoff für sich zu verarbeiten und dabei den immer wieder benötigten Sauerstoff freizugeben. Durch diese Funktion hat sie eine grosse Aufgabe erhalten, denn fast alle Wesen der Erde leben von der Gnade der Pflanze. Die Zerlegung der Kohlensäure geschieht mit Hilfe des Chlorophylls, des Blattgrüns, das sich nur unter der Einwirkung des Lichtes bildet.

Bei allen diesen Erfahrungen der Wissenschaft wäre es aber sehr voreilig, wollte man diesen skizzierten Grundriss der Lebensnotwendigkeiten, der nur auf Beobachtungen beruht, die auf unserer Erde gemacht wurden, als allgemeingültig ansehen. Es ist nicht unmöglich, dass die Entwicklung bei anderen chemischen und physikalischen Voraussetzungen auch andre Wege einzuschlagen vermag, ohne dabei die Naturgesetze zu durchbrechen.

Erich Krug.

Stefan Zweig.^x

(Zu seinem 50. Geburtstag am 28. November.)

SPD. Das noch bis ins Zeitalter unsrer klassischen Dichtung hinein verbreitete Vorurteil von der Nüchternheit und Holperigkeit der deutschen Sprache ist - soweit die Verskunst in Frage kommt - seit Klopstock und Goethe gründlich widerlegt worden. In der Prosa steht auch Goethe noch merkwürdig weit hinter dem sprachlichen Glanze seiner Versdichtung zurück. Einen wirklichen Aufschwung eines bis zu höchster Klarheit, Bildhaftigkeit und Klangpracht geschliffenen deutschen Prosastils erleben wir eigentlich erst seit wenigen Jahrzehnten. Unter seinen Meistern nimmt Stefan Zweig eine der hervorragend-

sten Führerstellungen ein.

Was diesen Dichter neben seiner sprachkünstlerischen Meisterschaft noch besonders auszeichnet, ist seine Bedeutung innerhalb der internationalen Geisteskultur. Kaum ein lebender deutscher Schriftsteller seines Ranges unterhält so enge Beziehungen zum Ausland und hat umgekehrt durch Uebertragungen fremder Werke wie durch biographische Darstellungen ausländischer Autoren so viel zur Festigung und Vertiefung internationaler Geistesgemeinschaft beigetragen wie Stefan Zweig. In den persönlichen Freundschaften mit Verhaeren und Rolland haben diese Beziehungen auch eine schöne praktische Verwirklichung gefunden.

Stefan Zweigs Herkunft aus einer wohlhabenden Wiener jüdischen Kaufmannsfamilie ist bestimmend für seinen Werdegang. Als Jude und Deutscher zwischen den Rassen stehend ist er für ein menscheitsverbundenes Weltbürgertum prädestiniert. Die Kindheit in einer Umwelt, da der heute beinahe sagenhaft gewordene Begriff "Wien" noch stärkste Lebendigkeit hat, auf der andern Seite die früh gefühlte innere Vereinsamung in der Oberflächlichkeit, Betriebsamkeit und Maskiertheit des gesellschaftlichen Lebens bringen ihn bald in Berührung mit ästhetisch verfeinertem Literatentum und wecken in ihm zugleich eine welt-schmerzliche Abkehr von der grauen Eintönigkeit des Alltags. Die ersten Verse des Neunzehnjährigen zeigen unverkennbar eine Parallele zum literarischen Charakter Hofmannsthals. Vorübergehend hat Zweig auch dem aristokratisch erhabenen, in übertriebener, einseitiger Formkultur schwelgenden Kreise um Stefan George nahe gestanden. Aber dank seiner starken selbständigen Begabung hat er sich bald von dieser Bindung frei zu machen gewusst. Häufige, weite Auslandsreisen öffnen ihm den Blick für die Eigenarten fremder Völker und legen den Grund zu einem die Menschheitsverbrüderung herbeisehnenden Kosmopolitismus. In diesen Jahren des ersten Jahrzehnts unsres Jahrhunderts entstehen Zweigs erste Novellen, die bereits das leidenschaftliche Erzählertemperament und das Hinabtauchen in die tiefsten, kompliziertesten Untergründe der Menschenseele erkennen lassen, die später in Zweigs Schaffen zu immer höherer Vollkommenheit gelangt sind.

Das entscheidende Erlebnis wird für Zweig wie für seine ganze Generation der Weltkrieg. Sein Ideal der internationalen Verständigung und der Völkergemeinschaft erlebt einen schmachvollen Zusammenbruch. Die von den Regierungen ausgehende Irreführung der öffentlichen Meinung veranlasst ihn zunächst zur Bejahung der Verteidigung des deutschen und österreichischen Volkes gegen den vermeintlichen Ueberfall durch die Westmächte. Im weiteren Verlauf des Krieges freilich beginnt auch er die tieferen Zusammenhänge und die imperialistischen Hintergründe des Völkerringens zu erkennen. Der Aufenthalt in der Schweiz im letzten Kriegsjahr und besonders das herzliche Freundschaftsverhältnis mit dem als "Defaitisten" verschrieenen Romain Rolland und seinen pazifistischen Anhängern machen auch Zweig erneut zum Vorkämpfer der Völkerverständigung. Die Uebersetzung von Rollands "Clérambault" ist literarisches Dokument dieses Wirkens. Seit dem Kriegsende arbeitet Zweig für dieses hohe Ziel von seinem beschaulichen Heim auf dem Kapuzinerberg in Salzburg aus.

Als Novellist ist Stefan Zweig eine einzigartige Erscheinung. Gewiss gibt es auch andre namhafte deutsche Erzähler, die in ihren Werken die Ergebnisse der Psychoanalyse verwerten, mit denen Zweig sich auch in seinem letzten, der Persönlichkeit Sigmund Freuds gewidmeten biographischen Essay auseinandergesetzt hat. Aber kaum einem gelingt es, mit so hellseherischer Fähigkeit die geheimsten Regungen der Menschenseele und die Naturgesetzlichkeit und Unaufhaltsamkeit seelischer Konflikte zu durchleuchten. Der Titel "Verwirrung der Gefühle", den Zweigs schon vor fünf Jahren erschienene, bisher letzte und reifste Novelle trägt, deutet auch das Grundmotiv zahlreicher anderer seiner Erzählungen an. Ihren höchsten Wert aber erhalten diese Novellen durch das eigentliche künstlerische Moment der mit letzter dichterischer Vollendung gepflegten Wortwahl und des Satzbaus, der unerhörten, von Anfang bis zu Ende durchgeführten

Spannung und der greifbar nahen Anschaulichkeit der Darstellung. Eine Schilderung wie beispielsweise die der Hände eines Spielers in der Novelle "Vierundzwanzig Stunden aus dem Leben einer Frau" dürfte an plastischer Lebendigkeit nicht zu überbieten sein.

Als Dramatiker hat Stefan Zweig bisher keine überragenden, dauernden Erfolge zu erringen vermocht. Es ist bezeichnend, dass sein grösster Bühnenerfolg der freien Bearbeitung der Komödie "Volpone" von Shakespeares Zeitgenosse Ben Jonson beschieden gewesen ist. Dank seiner grossen reproduzierenden Anpassungsfähigkeit hat Zweig diese satirische Charakterisierung eines reichen Geizhalses so volkstümlich und humorvoll zu aktualisieren verstanden, dass auch in angelsächsischen Ländern die zurückübersetzte Bearbeitung viel Anklang gefunden hat.

In den letzten Jahren hat sich Stefan Zweig ganz dem schon früher von ihm gepflegten Gebiete des biographischen Essays zugewandt, und es scheint auch, als ob er hier das seiner literarischen Spezialbegabung am meisten entsprechende Tätigkeitsfeld gefunden habe. Anzuerkennen ist hier neben allen stilistischen und psychologischen Vorzügen besonders auch seine grosse wissenschaftliche Gründlichkeit. Selbst in einer kleinen Nebenarbeit wie der Vorrede zu einer Ausgabe des "Emile" weiss Zweig eine erschöpfende und echte Charakteristik der Persönlichkeit Jean Jacques Rousseaus zu geben. Aber wenn es immerhin verständlich ist, dass ein Dichter sich mit feinsten Einfühlung in Geist und Schaffen literarischer Persönlichkeiten im engeren Sinne zu versenken versteht, so bleibt umso bewundernswerter die geniale Intuition, mit der auch so verschiedenartige Persönlichkeiten wie etwa Casanova oder Napoleons Polizeiminister Fouché lebendig gemacht werden. Auch das zeitgeschichtliche Bild und das soziale Milieu erfahren dabei eine eingehende und bei aller sachlichen Genauigkeit romanhaft packende Wiedergabe. Vielleicht konnte der biographische Essayist Zweig, der auf diesem Gebiete wohl seine grössten Leistungen vollbracht hat, keine höhere Anerkennung seines Schaffens finden als durch die Tatsache, dass eine seiner letzten und am besten gelungenen Arbeiten, die Charakteristik der Mary Baker-Eddy und des Gesundbeterwesens, bereits mehrere Dramatiker zur Gestaltung dieses dankbaren Stoffes angeregt hat.

Stefan Zweig steht heute erst auf der Höhe seines Schaffens, und wir dürfen noch viele wertvollen literarischen Überraschungen von ihm erwarten. Sicherlich aber dürfen wir ihn zu den wichtigsten Repräsentanten des neuen deutschen Geistes rechnen, der die morschen Schranken einer überlebten gesellschaftlichen Tradition zu überwinden und eine europäische Kulturmission zu erfüllen hat.

Dr. Wilhelm Bolze.

Mittagessen für 18 Pfennig.X

SPD. Während sich mildtätige Leute den Kopf darüber zerbrechen, wie man den Ärmsten der Armen über den anbrechenden Winter helfen soll, während öffentliche und private Wohltätigkeitsvereine Hilfsküchen und Speiseanstalten einrichten, taucht in Berlin plötzlich ein Unternehmer auf, der sie in der Preiswürdigkeit alle schlägt, keine gestifteten Gelder hinter sich hat, sondern obendrein noch erklärt, dass er bei der Sache Geld verdient und sicherlich auch ein ganz hübsches Auskommen dabei hat.

Schon vor einigen Monaten mietete sich dieser Mann, ein ehemaliger Küchenchef, in einem Berliner Grossbetrieb, einen billigen Laden im Norden der Stadt und eröffnete seine erste "Gulaschkanone". Ein Mittagessen, gut bürgerlich, aus drei Gängen bestehend, kostete fünfzig Pfennige, und der Betrieb ging ganz schön. Es waren vor einigen Monaten noch "gute Zeiten" im Vergleich zu heute. Allmählich jedoch blieben die Besucher aus. Jeden Tag fehlte einer der

Leistern die geistige Opposition gegen die Kirche wach; die religiöse Kritik an der zunehmenden Verweltlichung der Kirche beginnt.

Einer ihrer kühnsten Vorbereiter ist Jan Huß, dessen Gestalt Oskar Wöhrle in seinem Roman "Jan Huß, der letzte Tag" (Verlag "Der Bücherkreis") erneut verlebendigt. Huß ist ein Mensch, den nicht der brennende Scheiterhaufen auslöschte, sondern der einsam und unbeirrt, aller weltlichen Verführung trotzend, ein Jahrhundert vorausnahm, indem er auf der Unmittelbarkeit des Menschen zu Gott, seiner menschlichen Freiheit bestand. Huß wollte den Menschen von der Knechtschaft einer Kirche freimachen, die ihm verderbt und somit nicht würdig schien, sich als Mittlerin zwischen den Menschen und seinen Gott zu stellen. Die Ideen, die Huß entfachte, übernahm ein Jahrhundert später Martin Luther. Der fortlaufende Säkularisierungsprozess der neueren Jahrhunderte nahm diesen Ideen den letzten Schein religiöser Bedeutung: aus der religiösen Unmittelbarkeit des Einzelmenschen wurde der Ruf nach der Freiheit des Menschen schlechthin. Marx wurde ihr gewaltigster Kündler.

Huß' letzter Tag steht in den farbigsten Zügen vor dem Leser: Das Konstanzer Konzil entscheidet über Huß' Schicksal; die weitgreifende Politik der weltlichen und geistlichen Herren vereinigt sich mit den engeren Interessen der reichen Handelsstadt Konstanz zu einem bewegten Bilde jener Zeit. Bis in die menschlich-allzumenschlichen Bezirke hinein ist Wöhrles Schilderung echt, gegründet auf eine fast wurzelhaft anmutende Kenntnis des gelockerten Bodens dieser Epoche.

Vergebens versuchen Huß' Landsleute, ihren eigensinnigen Ketzler in der tolen Nacht vor seinem Tode zu befreien. Huß will seinen Weg zu Ende gehen. Lehre und Leben müssen sich einen, wenn sie weiter wirken wollen. Der Leib Huß' wird verbrannt; sein Geist geht in die Jahrhunderte ein. Oskar Wöhrle prägt die Gestalt des Ketzers Jan Huß mit weiser, kerniger Meisterschaft ins Zeitlos-Gültige:

"Besitz stirbt, Sippen sterben.
Du selbst stirbst wie sie.
Eines nur, das ewig lebt:
Der Toten Totenruhm."

J.P.Mayer.

Für bessere Herren.^x

Die Münchener Räterepublik war ihrem Ende nahe, da wurde mit vielen anderen auch der ehemalige Sekretär des bayerischen Ministerpräsidenten von der Regierung Hoffmann in Schutzhaft genommen und nach Eichstätt abtransportiert. Als er am Abend in die Zelle geführt wird, ist das elektrische Licht schon abgedreht. Ein alter Aufseher leuchtet mit einer Stallaterne.

Der Schutzhäftling fragt, ob es hier eine Bibliothek gebe. Da schaut ihn der Beamte wie entgeistert an: "Bibalodek? - Was is denn dös?"

"Ich meine Bücher zum lesen," erklärt der Verhaftete.

"Ja, Büacha ham mir scho," kommt's verstehend zurück. "Aba wissen S' " fügt der Alte zögernd hinzu, "unserne G'fangene, die Gluifi, wann die a Papier braucha, nachert reissen's allwei Seit'n aus die Büacha. Da fei'n halt jetzt vui Blätta. Müassen S' Eana halt a biss'l was dazua denka."

Der Schutzhäftling erkundigt sich, ob es nicht auch Bücher gebe, aus denen keine Blätter herausgerissen sind.

"Ja, die ham mir scho aa. Aba die san nur für die besser'n Herr'n." Dabei leuchtet er den Bücherinteressenten von oben bis unten mit seiner Stallaterne ab und meint dann treuherzig: "No ja, Sö san ja a besserer Herr, da kriags S' scho die besser'n Büacha..."

Am andern Morgen bekam der Verhaftete wirklich einige der Bücher "für die besseren Herren".

Spannung und der greifbar nahen Anschaulichkeit der Darstellung. Eine Schilderung wie beispielsweise die der Hände eines Spielers in der Novelle "Vierundzwanzig Stunden aus dem Leben einer Frau" dürfte an plastischer Lebendigkeit nicht zu überbieten sein.

Als Dramatiker hat Stefan Zweig bisher keine überragenden, dauernden Erfolge zu erringen vermocht. Es ist bezeichnend, dass sein grösster Bühnenerfolg der freien Bearbeitung der Komödie "Volpone" von Shakespeares Zeitgenosse Ben Jonson beschieden gewesen ist. Dank seiner grossen reproduzierenden Anpassungsfähigkeit hat Zweig diese satirische Charakterisierung eines reichen Geizhalses so volkstümlich und humorvoll zu aktualisieren verstanden, dass auch in angelsächsischen Ländern die zurückübersetzte Bearbeitung viel Anklang gefunden hat.

In den letzten Jahren hat sich Stefan Zweig ganz dem schon früher von ihm gepflegten Gebiete des biographischen Essays zugewandt, und es scheint auch, als ob er hier das seiner literarischen Spezialbegabung am meisten entsprechende Tätigkeitsfeld gefunden habe. Anzuerkennen ist hier neben allen stilistischen und psychologischen Vorzügen besonders auch seine grosse wissenschaftliche Gründlichkeit. Selbst in einer kleinen Nebenarbeit wie der Vorrede zu einer Ausgabe des "Emile" weiss Zweig eine erschöpfende und echte Charakteristik der Persönlichkeit Jean Jacques Rousseaus zu geben. Aber wenn es immerhin verständlich ist, dass ein Dichter sich mit feinsten Einfühlung in Geist und Schaffen literarischer Persönlichkeiten im engeren Sinne zu versenken versteht, so bleibt umso bewundernswerter die geniale Intuition, mit der auch so verschiedenartige Persönlichkeiten wie etwa Casanova oder Napoleons Polizeiminister Fouché lebendig gemacht werden. Auch das zeitgeschichtliche Bild und das soziale Milieu erfahren dabei eine eingehende und bei aller sachlichen Genauigkeit romanhaft packende Wiedergabe. Vielleicht konnte der biographische Essayist Zweig, der auf diesem Gebiete wohl seine grössten Leistungen vollbracht hat, keine höhere Anerkennung seines Schaffens finden als durch die Tatsache, dass eine seiner letzten und am besten gelungenen Arbeiten, die Charakteristik der Mary Baker-Eddy und des Gesundheitswesens, bereits mehrere Dramatiker zur Gestaltung dieses dankbaren Stoffes angeregt hat.

Stefan Zweig steht heute erst auf der Höhe seines Schaffens, und wir dürfen noch viele wertvollen literarischen Ueberraschungen von ihm erwarten. Sicherlich aber dürfen wir ihn zu den wichtigsten Repräsentanten des neuen deutschen Geistes rechnen, der die morschen Schranken einer überlebten gesellschaftlichen Tradition zu überwinden und eine europäische Kulturmission zu erfüllen hat.

Dr. Wilhelm Bolze.

Mittagessen für 18 Pfennig.^x

SPD. Während sich mildtätige Leute den Kopf darüber zerbrechen, wie man den Ärmsten der Armen über den anbrechenden Winter helfen soll, während öffentliche und private Wohltätigkeitsvereine Hilfsküchen und Speiseanstalten einrichten, taucht in Berlin plötzlich ein Unternehmer auf, der sie in der Preiswürdigkeit alle schlägt, keine gestifteten Gelder hinter sich hat, sondern obendrein noch erklärt, dass er bei der Sache Geld verdient und sicherlich auch ein ganz hübsches Auskommen dabei hat.

Schon vor einigen Monaten mietete sich dieser Mann, ein ehemaliger Küchenchef, in einem Berliner Grossbetrieb, einen billigen Laden im Norden der Stadt und eröffnete seine erste "Gulaschkanone". Ein Mittagessen, gut bürgerlich, aus drei Gängen bestehend, kostete fünfzig Pfennige, und der Betrieb ging ganz schön. Es waren vor einigen Monaten noch "gute Zeiten" im Vergleich zu heute. Allmählich jedoch blieben die Besucher aus. Jeden Tag fehlte einer der

alten Stammgäste mehr, und wenn sich der Unternehmer nach ihm erkundigte, dann hiess es: "abgebaut", "arbeitslos". Die Leute hatten auch diese fünfzig Pfennige nicht mehr übrig.

Der Gründer der Gulaschkanone aber begnügte sich nicht damit, seinen Kunden nachzutruern und auf die schlechten Zeiten zu schimpfen. Er nahm seinen Bleistift, rechnete und kalkulierte. Und das Ergebnis? In grossen Plakaten verkündete er es seinen Gästen, denen der Geldbeutel immer schmaler wurde. Das Essen zu fünfzig Pfennigen, so erklärte der Mann der Gulaschkanone, sei heute schon in "Festessen geworden, das man sich nicht alle Tage leisten könne". Er führte daneben noch zwei andere Kategorien von Mahlzeiten ein. Eine zu 27 und eine zu 18 Pfennigen.

Heute hat der Mann bereits fünf Filialen in allen Stadtteilen. Der Betrieb blüht, und die Leute loben den tüchtigen Mann, bei dem man sich tatsächlich satt essen kann und keiner Mildtätigkeit hinterher "danke schön" sagen muss.

Schon von weitem erkennt man seine Lokale. Eine Batterie von Fahrrädern wartet davor auf die Esser. Und das, was er bietet, ist wirklich sehr anständig. Wer sich das "Festessen" von drei Gängen leisten kann, bekommt auf Wunsch noch einen ganzen Topf Kartoffeln nachserviert. "Da kann man sich wenigstens mal satt essen," sagt mein Gegenüber zu mir und wischt behaglich grunzend die zweite Schüssel Kartoffeln sorgsam aus, während ich schon von der ersten die Hälfte stehen lasse.

Siebentausend Portionen gibt der Mann heute täglich aus. Sechzig Zentner Kartoffeln werden jeden Tag angefahren, viele Zentner Fleisch und Gemüse. Und in Scharen stehen die Frauen an und holen sich das Essen in Töpfen über die Strasse.

"Ich habe aber auch bis auf den Bruchteil eines Pfennigs genau kalkulieren müssen," erklärt mir der Besitzer. "Mein Verdienst ist klein. An dem 18-Pfennig Essen verdiene ich einen Pfennig, an dem 27-Pfennig-Essen zwei Pfennige. Aber die Masse macht es. Ich verdiene, und die Leute werden satt. Fragen Sie sie selbst einmal!"

Neue Lokale sollen noch erstehen. Die Autos sausen herum und bringen die bis auf die Kartoffeln fertig gekochten Speisen aus der Zentralküche im Wedding nach allen Filialen.

Das Achtzehn-Pfennig-Restaurant. Ein Zeichen der Zeit.

Delta.

Der Ketzler Jan Hus.^x

SPD. Wer sich in unsrer Welt der radikalen Umwälzung überlieferter sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Ordnungen zurechtfinden will, der sieht sich auch manchmal vor die Frage gestellt, ob es in der Geschichte des europäischen Menschentums schon ähnlich tiefgreifende Umwälzungsperioden gegeben hat. So wird das geschichtliche Verständnis auf jene Epoche zurückgelenkt, in der die kirchlich beherrschte Einheitskultur des Mittelalters den hereinbrechenden neuzeitlichen Gewalten erlag. Die Macht der Kirche hatte eine Welt beherrscht und ihre Ordnungen in einem vielgliedrigen und umfassenden System bestimmt. Auch die weltliche Macht stand im Banne des Papstes, so tief und einschneidend die Kämpfe zwischen Kaiser und Papst auch sein mochten. Aber hier zeigte sich bald die Grenze der kirchlichen Gewalt. Die weltlichen Dinge begannen, ihren eigenen Lauf zu nehmen. Der Orienthandel entfesselte nach und nach reichere Bedürfnisse. Modernere Wirtschaftsformen entstehen. Der Mensch beginnt, sich auf sich selbst zu stellen. Auch die Kirche nimmt an dieser neuen Entwicklung teil. Die kirchliche Kultur verliert damit ihren inneren Gehalt, den sie im Mittelalter besessen hatte. Sie wird äusserlich, prunkend. Die kirchliche Gnade kann im Ablasshandel käuflich erworben werden. Damit wird in den streng religiösen

leistern die geistige Opposition gegen die Kirche wach; die religiöse Kritik an der zunehmenden Verweltlichung der Kirche beginnt.

Einer ihrer kühnsten Vorbereiter ist Jan Huß, dessen Gestalt Oskar Wöhrle in seinem Roman "Jan Huß, der letzte Tag" (Verlag "Der Bücherkreis") erneut verlebendigt. Huß ist ein Mensch, den nicht der brennende Scheiterhaufen auslöschte, sondern der einsam und unbeirrt, aller weltlichen Verführung trotzend, ein Jahrhundert vorausnahm, indem er auf der Unmittelbarkeit des Menschen zu Gott, seiner menschlichen Freiheit bestand. Huß wollte den Menschen von der Knechtschaft einer Kirche freimachen, die ihm verderbt und somit nicht würdig schien, sich als Mittlerin zwischen den Menschen und seinen Gott zu stellen. Die Ideen, die Huß entfachte, übernahm ein Jahrhundert später Martin Luther. Der fortlaufende Säkularisierungsprozess der neueren Jahrhunderte nahm diesen Ideen den letzten Schein religiöser Bedeutung: aus der religiösen Unmittelbarkeit des Einzelmenschen wurde der Ruf nach der Freiheit des Menschen schlechthin. Marx wurde ihr gewaltigster Kündler.

Huß' letzter Tag steht in den farbigsten Zügen vor dem Leser: Das Konstanzer Konzil entscheidet über Huß' Schicksal; die weitgreifende Politik der weltlichen und geistlichen Herren vereinigt sich mit den engeren Interessen der reichen Handelsstadt Konstanz zu einem bewegten Bilde jener Zeit. Bis in die menschlich-allzumenschlichen Bezirke hinein ist Wöhrles Schilderung echt, gegründet auf eine fast wurzelhaft anmutende Kenntnis des gelockerten Bodens dieser Epoche.

Vergebens versuchen Huß' Landsleute, ihren eigensinnigen Ketzler in der tolen Nacht vor seinem Tode zu befreien. Huß will seinen Weg zu Ende gehen. Lehre und Leben müssen sich einen, wenn sie weiter wirken wollen. Der Leib Huß' wird verbrannt; sein Geist geht in die Jahrhunderte ein. Oskar Wöhrle prägt die Gestalt des Ketzers Jan Huß mit weiser, kerniger Meisterschaft ins Zeitlos-Gültige:

"Besitz stirbt, Sippen sterben.
Du selbst stirbst wie sie.
Eines nur, das ewig lebt:
Der Toten Totenruhm."

J.P.Mayer.

Für bessere Herren.^x

Die Münchener Räterepublik war ihrem Ende nahe, da wurde mit vielen anderen auch der ehemalige Sekretär des bayerischen Ministerpräsidenten von der Regierung Hoffmann in Schutzhaft genommen und nach Eichstätt abtransportiert. Als er am Abend in die Zelle geführt wird, ist das elektrische Licht schon abgedreht. Ein alter Aufseher leuchtet mit einer Stallaterne.

Der Schutzhäftling fragt, ob es hier eine Bibliothek gebe. Da schaut ihn der Beamte wie entgeistert an: "Bibalodek? - Was is denn dös?"

"Ich meine Bücher zum lesen," erklärt der Verhaftete.

"Ja, Büecha ham mir scho," kommt's verstehend zurück. "Aba wissen S' ", fügt der Alte zögernd hinzu, "unserne G'fangene, die Gluifi, wann die a Papier braucha, nachert reissen's allwei Seit'n aus die Büecha. Da fei'n halt jetzt vui Blätta. Müassen S' Eana halt a biss'l was dazua denka."

Der Schutzhäftling erkundigt sich, ob es nicht auch Bücher gebe, aus denen keine Blätter herausgerissen sind.

"Ja, die ham mir scho aa. Aba die san nur für die besser'n Herr'n." Dabei leuchtet er den Bücherinteressenten von oben bis unten mit seiner Stallaterne ab und meint dann treuherzig: "No ja, Sö san ja a besserer Herr, da kriags S' scho die besser'n Büecha..."

Am andern Morgen bekam der Verhaftete wirklich einige der Bücher "für die besseren Herren".